

## Aus dem Inhalt

### Kirchen

Zypern-Krise:

EKD-Ratsvorsitzender warnt vor Vertrauensbruch 2

Papst kündigt erste Auslandsreise nach Brasilien an 4

### Gesellschaft

Gauck: NS-Kriegsverbrechen in italienischem Ort „schreit zum Himmel“ 7

### Soziales

Kirche und Gewerkschaften wollen Annäherung beim Arbeitsrecht 18

### Kultur

Bundespräsident Joachim Gauck ehrt Sozialpionier Francke 24

### Medien

Gundula Gause glaubt an Gott der Nächstenliebe 28

### Entwicklung

Elftes Weltsozialforum in Tunis stellt „Würde“ in den Mittelpunkt 30

Putin fordert größere internationale Rolle für Schwellenländer 37

**Impressum** 39

## Bischof Dröge: Neuer Papst muss Bischöfen vor Ort „mehr Freiraum geben“

epd-Gespräch: Jens Büttner

Berlin (epd). Berlins evangelischer Bischof Markus Dröge erwartet unter Papst Franziskus eine Annäherung zwischen Katholiken und Protestanten. Franziskus sei der erste Jesuit im Papstamt, sagte Dröge dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Berlin. Der Jesuitenorden sei ein Reformorden. „Das weckt Hoffnungen, dass er die notwendigen Reformen in der katholischen Kirche angeht, auf die unsere katholischen Geschwister und natürlich auch wir hoffen“, sagte der evangelische Bischof.

Notwendig dafür sei, den Bischöfen vor Ort wieder „mehr Freiraum zu geben“. In einer Weltkirche wie der katholischen Kirche seien die Bedingungen vor Ort höchst unterschiedlich, betonte Dröge und fügte hinzu: „Darum sollte die katholische Kirche den Ortsbischöfen mehr Freiheit erlauben als in letzter Zeit.“

Das Pontifikat von Papst Benedikt XVI. werde im Hinblick auf eine Annäherung zwischen Katholiken und Protestanten mit dem Begriff „Stillstands-Ökumene“ treffend beschrieben. „Es ist wirklich nicht weitergegangen mit den guten ökumenischen Ansätzen, die es zuvor gab“, sagte Dröge. Er fügte hinzu: „Die Haltung in Rom hat zu einem Stillstand in der Ökumene geführt, weil kein weiteres Gespräch eröffnet, sondern das Gespräch eher behindert worden ist.“

In den vergangenen Jahren sei deutlich geworden, dass viele Richtlinien der hierarchisch organisierten römisch-katholischen Kirche vielfältige Auswirkungen auf ganz konkrete Entscheidungen vor Ort hatten. Als Beispiele nannte der Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz die Schwangerenkonfliktberatung oder den Umgang mit Geschiedenen. Dröge unterstrich: „An diesen Punkten würde ich mir etwas mehr Kompromissbereitschaft und auch Gestaltungsfreiheit wünschen.“



## Kirchen

Mit Blick auf das 500. Reformationsjubiläum begrüßte der Berliner Bischof die Aussage des katholischen Ökumene-Bischofs Gerhard Feige aus Magdeburg, wonach dieser sich vorstellen könne, 2017 miteinander „ein Christusfest“ zu feiern. „Das finde ich einen sehr guten Ansatz“, sagte Dröge. So gebe es vielleicht unterschiedliche Zugänge zu Christus. „Aber dass wir Christus als unseren Herrn gemeinsam feiern, das ist die Basis, auf der wir gemeinsam stehen“, sagte er.

### Zypern-Krise: EKD-Ratsvorsitzender warnt vor Vertrauensbruch

Berlin (epd). Angesichts der Zypern-Krise hat der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider, vor einem Vertrauensbruch gegenüber den Menschen in Europa gewarnt. „Bürger setzen bei der Wahl Vertrauen in Politiker“, sagte der Theologe am Montag in Berlin.

Wenn Politik nicht als Sicherung des Daseins erlebt werde, sondern als Bedrohung der Lebensvorsorge und des Ersparten, werde nicht nur in Zypern Misstrauen geschürt, sondern auch in „Frankreich, in Italien oder vielleicht in Deutschland“, erklärte Schneider bei der Vorstellung des Buches „Vertrauen“, das er gemeinsam mit seiner Frau Anne geschrieben hat.

Die Bundestags-Spitzenkandidatin der Grünen, Katrin Göring-Eckardt, sagte: „Jeder Kleinsparer fragt sich: Kann das morgen auch mich treffen?“ Keine Krise habe ausschließlich mit sachlichen Entscheidungen zu tun, erklärte sie anlässlich der Buchvorstellung.

„Viele Krisen unserer Tage sind Vertrauenskrisen“, sagte der EKD-Ratsvorsitzende und kritisierte die Entwicklung in Zypern: „Meine Güte, da wird offensichtlich gezockt und gepokert.“ Ein solches Verhalten stelle die Frage nach Verlässlichkeit. Transparenz und Beteiligung seien die „klassischen Möglichkeiten“ zur Vertrauensbildung.

Anne Schneider, die Frau des EKD-Ratsvorsitzenden, erklärte: „In der Ehe wie in der großen Politik gilt, dass man sich Konflikten stellen muss.“ Ihr christlicher Glaube gebe ihr einen „Vertrauensvorrat“. Sie räumte ein, dass ihr Gottvertrauen auch infrage gestellt worden sei, etwa beim Tod ihrer Tochter, die 2005 mit 22 Jahren an Leukämie starb.

Für Nikolaus Schneider war dies die schlimmste Krise seines Lebens. Durch diesen Einschnitt sei „ein kindliches Vertrauen erwachsen geworden“.

## Historisches Treffen: Franziskus besucht Benedikt in Castel Gandolfo

### Gemeinsames Gebet und Mittagessen

Rom (epd). Zum ersten Mal in der Neuzeit sind ein amtierender und ein emeritierter Papst zusammengetroffen: Papst Franziskus hat am Samstag seinen Vorgänger Benedikt XVI. besucht. Das neue Oberhaupt der katholischen Kirche war im Hubschrauber nach Castel Gandolfo geflogen, um sich mit dem zurückgetretenen Benedikt in der dortigen päpstlichen Sommerresidenz auszutauschen. Über den Inhalt der Gespräche bewahrte der Heilige Stuhl Stillschweigen.

Franziskus und Benedikt hatten einander zur Begrüßung umarmt. Wie Vatikan-sprecher Federico Lombardi in Castel Gandolfo mitteilte, beteten sie anschließend gemeinsam in der Kapelle des Apostolischen Palastes. Dabei habe Franziskus den ihm von Benedikt zugedachten Ehrenplatz zurückgewiesen, um neben ihm mit der Begründung „Wir sind Brüder“ auf der gleichen Bank niederzuknien. Benedikt wiederholte Lombardi zufolge bei der Begegnung erneut sein Versprechen des Gehorsams und der Unterwerfung unter den neuen Papst.

Franziskus schenkte seinem Vorgänger bei dem Besuch eine Ikone der „Madonna der Demut“. Seine Worte, er habe das Bildnis gewählt, weil Benedikt während seines Pontifikats zahlreiche Beispiele der Demut gezeigt habe, rührten das emeritierte Kirchenoberhaupt offenbar zutiefst. Auf den vom Vatikanfernsehen CTV verbreiteten Aufnahmen des Besuchs wirkte Benedikt stark gealtert, während die Situation auch für seinen Nachfolger sichtlich ungewohnt war. Beide tragen die in der katholischen Kirche Päpsten vorbehaltene weiße Kleidung.

Vor dem gemeinsamen Mittagessen mit den beiden päpstlichen Privatsekretären Erzbischof Georg Gänswein und Monsignor Alfred Xuereb zogen der Papst und sein Vorgänger sich den Angaben zufolge für ein 45-minütiges Gespräch unter vier Augen in die Bibliothek zurück.

Mehrere Hundert Menschen hatten sich in der Hoffnung, der neue und der emeritierte Papst würden sie begrüßen, seit dem Morgen vor dem Hauptportal des Palastes versammelt. Gemeinsam mit einem massiven Presseaufgebot warteten sie mehrere Stunden vergebens. Immer wieder bemühten sie sich dabei, Franziskus und Benedikt durch Klatschen und Rufen zu einer Reaktion zu bewegen.

Franziskus hatte bereits zwei Mal mit Benedikt telefoniert, kurz nach seiner Wahl am 13. März und am Tag seiner offiziellen feierlichen Amtseinführung, dem 19. März. Der katholische Kirchenhistoriker Hubert Wolf (Münster) bezeichnete das Treffen in einem Interview mit dem Münchner Kirchenradio als „weltgeschichtliche Stunde“.

Bei dem Treffen von Franziskus und Benedikt dürfte es auch um Personalentscheidungen in der vatikanischen Kurie gegangen sein. Die mit dem Ende des vorangegangenen Pontifikats automatisch aus dem Amt geschiedenen Behördenchefs im Vatikan setzte Franziskus indes unter dem Vorbehalt von Neuernennungen wieder in ihre Ämter ein.

Benedikt XVI. hatte im Februar als erster Papst der Neuzeit aus Altersgründen seinen Rücktritt erklärt. Der emeritierte Papst verbringt die kommenden Wochen in der päpstlichen Sommerresidenz in Castel Gandolfo in der Nähe von Rom, bevor er endgültig in ein Kloster im Vatikan geht. In der Vergangenheit hatten nach Angaben der katholischen Deutschen Bischofskonferenz nur zwei Päpste von der Möglichkeit des freiwilligen Amtsverzichts Gebrauch gemacht: Papst Coelestin V. (1210-1296) im Jahre 1294 und Papst Gregor XII. (1406-1415) im Jahre 1415 auf dem Konzil von Konstanz.

## Papst kündigt erste Auslandsreise nach Brasilien an

Rom (epd). Papst Franziskus hat seine erste Auslandsreise zum diesjährigen Weltjugendtag in Rio de Janeiro im kommenden Juli angekündigt. „Ich verabrede mich mit euch in dieser großen Stadt Brasiliens“, sagte er bei der Palmsonntagsmesse vor zehntausenden Gläubigen auf dem römischen Petersplatz.

Franziskus rief in seiner Predigt dazu auf, den Glauben mit Freude auch in einer von Kriegen, Gewalttaten und Wirtschaftskonflikten geprägten Welt zu bezeugen. Man dürfe sich nie die Hoffnung rauben lassen. „Wir dürfen dem Bösen nicht glauben, der uns sagt: Du kannst nichts tun gegen die Gewalt, die Korruption, die Ungerechtigkeit, gegen deine Sünden!“ Dies erfordere vor allem, keine Angst zu haben, sondern aus sich heraus und auf andere zuzugehen.

In seiner Betrachtung über den Einzug des von den Menschen als König bejubelten Jesus Christus in Jerusalem, den die Christen am Palmsonntag feiern, betonte Franziskus den äußerlich armen Charakter von dessen Königtum. Jesus sei nicht in die Heilige Stadt eingezogen, um die Ehren zu empfangen, die irdischen Königen und Machthabern vorbehalten seien, sondern um gegeißelt, beschimpft und geschmäht zu werden.

## Evangelische Fastenaktion „7 Wochen ohne“ zieht positive Bilanz

München (epd). Kurz vor Ende der Passionszeit zieht die evangelische Fastenaktion „7 Wochen ohne“ eine positive Bilanz. Es sei die bislang erfolgreichste Aktion in der Geschichte der Kampagne, sagte die Kuratoriumsvorsitzende der Initiative, die

## Kirchen

Münchner Regionalbischöfin Susanne Breit-Keßler dem Evangelischen Presse-dienst (epd). Der Ansturm auf Tageskalender und Begleithefte sei gegenüber dem vergangenen Jahr wieder um fast 15 Prozent gestiegen.

Am diesjährigen Motto „Riskier was, Mensch!“ hätten noch mehr Menschen Interesse gezeigt als im Vorjahr unter dem Aufruf „7 Wochen ohne falschen Ehrgeiz“, fügte Breit-Keßler hinzu. Mit diesem Appell habe man den „richtigen Nerv getroffen“. So machten auch viele Senioren begeistert mit, die in ihrem Leben etwas Neues beginnen wollten.

Die evangelische Theologin ermutigte dazu, im privaten als auch im öffentlichen Bereich etwas zu riskieren. Es gehe darum, Lust auf das eigene Leben zu bekommen und Überraschendes zu denken. Bereits der Fernsehgottesdienst zur bundesweiten Eröffnung aus Fulda hätten fast eine Million Zuschauer am Bildschirm verfolgt, erinnerte Breit-Keßler an den Start der Fastenaktion der evangelischen Kirche. Diese begann am Aschermittwoch und endet an Ostern.

Die Kampagne findet seit 1983 statt. Sie will mit wechselnden Themen dazu anregen, die Fastenzeit bewusst zu erleben und zu gestalten. Nach Angaben der Organisatoren beteiligen sich fast drei Millionen Menschen an der Aktion „7 Wochen Ohne“ oder haben in der Vergangenheit bereits einmal daran teilgenommen. Auch greifen viele evangelische Kirchengemeinden das Thema alljährlich für eigene Veranstaltungen auf.

### **Ökumenischer Jugendkreuzweg am einstigen Todesstreifen eröffnet**

Bad Salzungen (epd). Mit einem Festakt am Grenzmuseum Point Alpha an der früheren innerdeutschen Grenze in der Rhön hat am Freitag der 55. Ökumenische Kreuzweg der Jugend begonnen. Zu der traditionellen Veranstaltung der kirchlichen Jugendverbände in der Woche vor Ostern wurden an verschiedenen Orten in ganz Deutschland wieder mehrere zehntausend Teilnehmer erwartet. Am bundesweiten Auftakt unter dem Motto „ÜberWunden“ beteiligten sich rund 300 Jugendliche aus Thüringen und Hessen.

An der einstigen Trennlinie zwischen den benachbarten Bundesländern wurden für den Kreuzweg am „Weg der Hoffnung“ in der Rhön sieben von insgesamt 14 Stationen des Bildhauers Ulrich Barnickel ausgewählt. Die Skulpturen entlang des ehemaligen Todesstreifens sollen an das Leiden Christi erinnern und zugleich Grenz- und Leiderfahrungen symbolisieren. Damit seien die überlebensgroßen Stahlplastiken auch ein Hinweis auf die deutsch-deutsche Vergangenheit des Jugendkreuzweges, hieß es.

Er wurde 1958 als „Gebetsbrücke“ zwischen jungen Katholiken in der Bundesrepublik und der DDR gegründet und wird seit 1972 ökumenisch begangen. Mit jährlich rund 60.000 Teilnehmern ist der Kreuzweg eine der größten gemeinsamen kirchlichen Jugendaktionen. Träger sind die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland, die Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der katholischen Deutschen Bischofskonferenz und der Bund der Deutschen Katholischen Jugend.

## Kirchen

### **Kirche in Hannover entwidmet**

Hannover (epd). Eine der größten evangelischen Gemeinden Niedersachsens, die Südstadt-Gemeinde in Hannover, hat Abschied von ihrer modernsten Kirche genommen. Die hannoversche Regionalbischöfin, Ingrid Spieckermann, entwidmete am Sonntag die 1964 errichtete Athanasiuskirche. In Hannover wird damit bereits die siebte Kirche aus der Nachkriegszeit aufgegeben. Die Gemeinde mit rund 10.000 Mitgliedern will die Kirche für rund 300.000 Euro zu einem Veranstaltungs- und Kulturzentrum umbauen.

Anders als in vergleichbaren Fällen will die Gemeinde die Athanasiuskirche nicht verkaufen. In den vergangenen Wochen hatten verkaufte oder zum Verkauf stehende Kirchen für hitzige Diskussionen gesorgt. In Hamburg soll eine ehemalige evangelische Kirche zur Moschee werden, in Hannover wurde über den Denkmalschutz und sogar über einen möglichen Abriss der entwidmeten Corvinuskirche gestritten.

### **Ökonom Steffens: Finanzkrise birgt Chance für die Kirche**

Frankfurt a.M. (epd). Die derzeitige Staatsschuldenkrise könnte der Kirche nach den Worten des Wirtschaftswissenschaftlers Udo Steffens neuen Zulauf bescheren. Die Komplexität der Entwicklungen am Finanzmarkt „ist eine Chance für eine neue Religiosität, also auch für die Kirche“, sagte der Präsident der Frankfurt School of Finance & Management, Udo Steffens, dem evangelischen Monatsmagazin „chrismon“ (April-Ausgabe). Denn die Kirche bringe Gleichgesinnte zusammen, die Rituale pflegten und in der Krise zusammenhielten. „Die Suche nach Orientierung ist massiv, auch in der Wirtschaft“, betonte der 63-Jährige in einem Gespräch mit dem hessen-nassauischen Kirchenpräsidenten Volker Jung zum Thema „Ist der Markt ein Gott?“.

Jung mahnte, dass die Suche nach Orientierung nicht zur Flucht in ein „vermeintlich klar definiertes Wertesystem“ werden dürfe. „Das kann nämlich dazu führen, in zwei Welten zu leben - in der frommen Welt und in der anderen Welt, zu der auch der Markt gehört“, erläuterte der 53-jährige evangelische Theologe. „Dann fallen

Handeln und ethische Orientierung auseinander; dann höre ich in der frommen Welt die Predigt, handele aber in der anderen Welt überhaupt nicht danach.“

Der Kirchenpräsident kritisierte eine einseitige Ausrichtung auf Wachstum in der Wirtschaft. „Wir überhöhen die Rolle des Wachstums. Und immer auf der Grundlage einer einzigen Größe, des Bruttoinlandsprodukts.“ Es gehe dabei nie um die Qualität, sondern nur um die Quantität des Wachstums. „Quantitativ erhöht auch die Arbeit einer Sondermülldeponie das Bruttoinlandsprodukt, obwohl sie eine Folge von giftiger Industrieproduktion ist.“

Steffens warf Jung vor, aus der Sicht einer reichen Gesellschaft zu argumentieren, „in der die meisten Menschen ihre wichtigsten Bedürfnisse befriedigt haben: Sicherheit, Nahrung, Gesundheit und ein Dach über den Kopf“. Die Kirche müsse aber anerkennen, dass auch quantitatives Wachstum der Schlüssel zu mehr Freiheit sei. Zugleich räumte der Ökonom ein, dass Wachstum nicht zum „Fetisch“ erhoben werden dürfe. Eine Gesellschaft sollte es auch verkraften können, wenn die Wirtschaft einmal um fünf bis zehn Prozent schrumpfe.

## **Margot Käßmann: Gesellschaft ohne Ehrenamt nicht denkbar**

Fellbach (epd). Die frühere Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Margot Käßmann, hat das freiwillige Engagement von Bürgern gewürdigt. Viele Bereiche der Gesellschaft seien „ohne Ehrenamt schlicht nicht denkbar“, sagte Käßmann am Samstag in Fellbach vor rund tausend Kirchengemeinderäten aus ganz Württemberg. Als Beispiele nannte sie Obdachlosenbetreuung, Hausaufgabenhilfe oder auch Tierschutz. Die ehemalige hannoversche Bischöfin ist Botschafterin der EKD für das Reformationsjubiläum 2017.

## **Gauck: NS-Kriegsverbrechen in italienischem Ort „schreit zum Himmel“**

Rom (epd). Bundespräsident Joachim Gauck hat an das SS-Massaker im italienischen Sant'Anna di Stazzema vor fast 70 Jahren erinnert. „Das Verbrechen, das hier stattgefunden hat, schreit bis heute zum Himmel“, sagte er am Sonntag bei einer Gedenkveranstaltung in dem Bergort in der Toskana in Anwesenheit seines italienischen Amtskollegen Giorgio Napolitano. Es verletze das Empfinden für Gerechtigkeit tief, wenn Täter nicht überführt und bestraft werden könnten, weil die Instrumente des Rechtsstaats dies nicht zuließen.

Gauck spielte mit seiner Bemerkung auf die in Italien mit Empörung aufgenommene Einstellung des Verfahrens zu dem SS-Massaker durch die Staatsanwaltschaft

Kirchen

Gesellschaft



## Gesellschaft

Stuttgart im vergangenen Herbst an. Den Beschuldigten könne eine Beteiligung an der Tötung der Bewohner und der anwesenden Flüchtlinge nicht nachgewiesen werden, hieß es zur Begründung. Für eine rechtskräftige Verurteilung muss nach deutschem Recht jedem einzelnen zweifelsfrei Motiv und Beteiligung an dem Vergehen nachgewiesen werden.

Vor diesem Hintergrund wies Gauck darauf hin, „dass Schuld nicht nur als strafrechtliche Schuld existiert“. Nur für diese seien die Gerichte zuständig, betonte er in Sant’Anna di Stazzema. Die öffentliche Benennung von Schuld und Schuldigen mache ein „Urteil über Täter oder Opfer also auch möglich, wenn Gerichte nicht zu einem Schuldspruch gelangen können“.

Gauck gestand bei seinem Besuch an dem Ort, wo eines der schwersten Kriegsverbrechen aus der Zeit der deutschen Besetzung Italiens zwischen 1943 und 45 stattfand, die Schwierigkeit ein, „sich zu einer großen Schuld zu bekennen und mit einem schrecklichen Verbrechen konfrontiert zu werden, das von eigenen Landsleuten begangen worden ist“.

Dabei würdigte er den damaligen Einsatz des heutigen italienischen Staatspräsidenten im Widerstand gegen Faschismus und Nationalsozialismus. „Hier in Sant’Anna wurde Recht massiv verletzt und Menschenwürde mit Füßen getreten.“ Darum sei es ein „Wunder“, dass zwischen beiden Länder Versöhnung stattgefunden habe.

Diese könne nie verlangt oder erzwungen werden, sondern nur erbeten und gewährt. Gauck: „Versöhnung ist letztlich ein Geschenk, das großzügig gegeben wird und das man nur mit Dankbarkeit annehmen kann“. Seinen gemeinsamen Besuch mit Napolitano in Sant’Anna di Stazzema wertete der Bundespräsident als „unübersehbares Zeichen dafür, dass hier Versöhnung stattgefunden hat“.

SS-Einheiten töteten am 12. August 1944 aus Rache für Angriffe von Widerstandskämpfern in der Umgebung die Bevölkerung des Bergortes und die anwesenden Flüchtlinge, darunter viele Frauen und Kinder. Bei dem Massaker kamen zwischen 400 und 560 Menschen ums Leben. Ein italienisches Militärgericht verurteilte 2005 zehn ehemalige SS-Angehörige in Abwesenheit zu lebenslangen Haftstrafen und Entschädigungszahlungen.

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag gab Deutschland im vergangenen Dezember in seiner Klage gegen Entschädigungsansprüche der Angehörigen italienischer Opfer von Kriegsverbrechen recht. Anderslautende Urteile italienischer Gerichte verstießen demnach gegen das Völkerrecht.

Vor dem Hintergrund dieses Rechtsstreits hatten Italien und Deutschland bereits zuvor eine bilaterale Historikerkommission mit der Aufarbeitung der gemeinsamen Vergangenheit zwischen 1943 und 45 beauftragt. Diese empfahl eine verstärkte



Erinnerungsarbeit in beiden Ländern, welche die Perspektive des jeweils anderen Landes bekannter machen soll, um herrschende Vorurteile zu überwinden.

## Endlagersuchgesetz: Einigung von Niedersachsen und Bund

Atomkraftgegner bleiben skeptisch

Berlin/Hannover (epd). Das Land Niedersachsen und der Bund haben sich auf einen gemeinsamen Vorschlag für ein Atommüll-Endlagergesetz geeinigt. Bundesumweltminister Peter Altmeier (CDU), Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) und Landesumweltminister Stefan Wenzel (Grüne) stellten am Sonntag in Berlin ein Kompromisspapier vor, wie die niedersächsische Staatskanzlei mitteilte. Die niedersächsischen Atomkraftgegner äußerten sich zunächst skeptisch.

Offen blieb die Frage, ob Gorleben bei der Suche nach einem Endlager künftig ausgeschlossen wird. Dem Vorschlag zufolge sollen jedoch keine Castoren mehr nach Gorleben gebracht werden. Weitere geplante Atommülltransporte sollen auf andere Bundesländer verteilt werden.

Der Gesetzentwurf solle noch bis zur Sommerpause von Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden, heißt es in dem Papier. Eine Enquete-Kommission „Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe“ solle bis Ende 2015 Grundsatzfragen der Lagerung des hochradioaktiven Mülls klären. Außerdem soll sie Empfehlungen zum Umgang mit bisher getroffenen Entscheidungen und Festlegungen in der Endlagerfrage erstellen. Der Kommission sollen Abgeordnete, Vertreter von Umweltverbänden, Religionsgemeinschaften, Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften angehören.

Der Grünen-Fraktionsvorsitzende Jürgen Trittin erklärte in Berlin, es sei gut, dass in die Gespräche um ein Endlagersuchgesetz wieder Bewegung kommt: „Denn es ist im Interesse Niedersachsens und Gorlebens, wenn noch vor der Bundestagswahl ein Endlagersuchgesetz im Konsens beschlossen wird, damit die Endlagerfrage endlich einer ergebnisoffenen Klärung zugeführt wird.“ Nun müsse dieser Vorschlag in Gesetzestext überführt und auf seine Rechtsförmigkeit geprüft werden, damit die Verhandlungen endgültig abgeschlossen werden könnten.

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament, Rebecca Harms, bedauerte, dass Gorleben als Standort nicht ausgeschlossen wird. Allerdings biete die Kommission „nach Jahrzehnten der Ignoranz die große Chance, sich in Deutschland über das Problem Atommüll und seine Lösung fundiert zu verständigen“.

Der Sprecher der Initiative „ausgestrahlt“, Jochen Stay, äußerte sich skeptisch. Zu oft seien in der Vergangenheit leere Versprechungen gemacht worden. Die breite Beteiligung an der Enquete-Kommission bewertete er positiv, jedoch müssten

ihre Empfehlungen verbindlich sein. Weiter kritisierte er die geplante zügige Gesetzgebung. Zunächst müsse ein gesellschaftlicher Konsens über ein Verfahren zur Endlagersuche gefunden werden.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende im niedersächsischen Landtag, Björn Thümmler, begrüßte den Kompromiss. Nachdem die rot-grüne Landesregierung ihre „Blockadehaltung in der Gorlebenfrage“ aufgegeben habe, sei der Weg frei für eine bundesweite und ergebnisoffene Endlagersuche.

## **Streit um Moschee: Hamburger Bürger setzen sich für Muslime ein**

Hamburg (epd). Im Streit um die Umwandlung einer Kirche in eine Moschee in Hamburg sind am Samstag Bürger der Hansestadt für ein friedliches Miteinander der Kulturen und Religionen auf die Straße gegangen. Über 500 Menschen folgten dem Aufruf des „Hamburger Bündnisses gegen Rechts“, im Stadtteil Horn ein Zeichen der Solidarität mit der geplanten Al-Nour-Moschee zu setzen.

Anlass für die Kundgebung war die Ankündigung rechtsextremer Gruppen, ebenfalls am Samstag vor der künftigen Moschee protestieren zu wollen. Zu dieser Veranstaltung kamen so wenige Teilnehmer, dass sie abgesagt wurde, wie die Polizei am Sonntag mitteilte. Starke Einsatzkräfte hatten den Bereich rund um die ehemalige Kapernaumkirche weiträumig abgesperrt.

Die Kapernaumkirche in Hamburg-Horn war bereits 2002 aus Kostengründen entwidmet und verkauft worden. Ende 2012 wurde sie von dem islamischen Hamburger Al-Nour-Verein erworben. Al-Nour (arabisch = das Licht) will das denkmalgeschützte, aber mittlerweile dringend sanierungsbedürftige Gebäude für 1,5 Millionen Euro in eine Moschee umbauen. Sie soll bereits am 3. Oktober eröffnet werden.

## **Erinnerung an KZ-Häftlinge in Dachau**

Dachau (epd). In Dachau ist am Sonntag an die ersten ermordeten Häftlinge des Konzentrationslagers vor 80 Jahren erinnert worden. In der evangelischen Versöhnungskirche auf dem Gelände der heutigen KZ-Gedenkstätte wurden die Namen der ersten Dachauer Mordopfer - Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Juden - verlesen, die in der Karwoche 1933 sterben mussten. Das KZ Dachau war am 22. März nur wenige Wochen nach Hitlers Machtübernahme als erstes seiner Art von den Nationalsozialisten errichtet worden.

Der bayerische evangelische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm ging dabei auf das kirchliche Versagen in der NS-Zeit ein. Auch von den Kirchen habe es keine Proteste gegeben, obwohl die Verbrechen frühzeitig bekannt waren. Er bitte heute Gott und die Menschen um Vergebung, „die hier gefoltert und gequält worden sind und vergeblich unsere Solidarität ersehnt haben.“

## Berlin erinnert an Kennedy-Besuch vor 50 Jahren

Berlin (epd). Mit zahlreichen Veranstaltungen erinnert Berlin an den historischen Besuch von US-Präsident John F. Kennedy vor 50 Jahren in der geteilten Stadt. Zwischen 30. April und 29. Juni sind mehr als 50 Programmpunkte geplant, darunter Ausstellungen, Diskussionen, Filmvorführungen, Schülerworkshops und Festveranstaltungen, teilte die Senatskanzlei am Montag in Berlin mit.

Anlass für den Kennedy-Besuch in West-Berlin am 26. Juni 1963 war der 15. Jahrestag des Beginns der Berliner Luftbrücke, die zwischen Juni 1948 und August 1949 West-Berlin versorgte. Damals sprach Kennedy in einer Rede vor dem Rathaus Schöneberg auch seinen berühmten Satz: „Ich bin ein Berliner.“

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) erklärte, mit seiner Rede über den Wert der Freiheit habe Kennedy keinen Zweifel an seiner Solidarität mit Berlin und der Bundesrepublik Deutschland gelassen. „Die klare politische Botschaft, die Präsident Kennedy damals von Berlin aus an die Völker der Welt gerichtet hat, erwies sich später als eine der Grundvoraussetzungen zum gewaltlosen Fall der Mauer und zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands.“

## Friedliche Mahnwache für getöteten Streitschlichter

**Pastor: Neonazis instrumentalisieren Tragödie**

Kirchweyhe/Bremen (epd). In Kirchweyhe bei Bremen haben am Samstag erneut knapp 1.000 Menschen mit einer Mahnwache ihre Trauer über den gewaltsamen Tod des 25-jährigen Streitschlichters Daniel S. zum Ausdruck gebracht. Sie wollten damit zugleich ein Zeichen gegen Rechtsextremismus setzen. Das Verwaltungsgericht Hannover hatte am Freitag einer Klage des bekannten Neonazis Christian Worch für die Partei „Die Rechte“ stattgegeben, die zeitgleich zur Mahnwache eine Demonstration vor dem Rathaus angemeldet hatten. Starke Polizeikräfte hielten beide Gruppen voneinander getrennt.

Daniel S. wollte vor anderthalb Wochen am Bahnhof des Ortes einen Streit schlichten und wurde dabei zusammengeschlagen. Der junge Mann starb in einem Bremer Krankenhaus an seinen schweren Verletzungen. Der mutmaßliche Haupttäter, ein 20-jähriger Jugendlicher türkischer Abstammung, sitzt in Untersu-

chungshaft. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen ihn wegen Mordverdacht. In „stillen Mahnwachen“ hatten bereits am vergangenen Wochenende mehr als 1.500 Menschen an Daniel S. erinnert.

Der Pastor Albert Gerling-Jacobi kritisierte den Aufmarsch von Neonazis in dem Ort: „Daniels Tod wird missbraucht, um unsere Demokratie zu untergraben und um Hass zu sähen, zwischen Menschen unterschiedlicher Hautfarbe.“ Landrat Cord Bockhop (CDU) würdigte den getöteten Streitschlichter als Vorbild. Darum habe er es „nicht verdient, vor den Karren von Extremisten gespannt zu werden - weder von rechts noch von links“.

Deutlich gekennzeichnete Konfliktmanager suchten mit den Demonstrierenden das Gespräch. Im weiten Umkreis um den Ort kontrollierte die Polizei verdächtige Personen nach Waffen. Nach Angaben der Polizei verlief am Nachmittag die Kundgebung und der Demonstrationzug der etwa 80 Neonazis ruhig.

## Flüchtlingsprotest gegen Asylpolitik

Camp auf Kreuzberger Oranienplatz bleibt vorerst bestehen

Berlin (epd). Bis zu 2.000 Menschen haben nach Polizeiangaben am Samstag in Berlin für eine liberalere Asylpolitik demonstriert. Flüchtlinge und Unterstützer forderten insbesondere bessere Lebensbedingungen für Asylsuchende. Die bis in den Abend laufende Demonstration verlief störungsfrei, teilte die Polizei am Sonntag mit.

Anlass war der Beginn der bundesweiten Flüchtlingsproteste vor einem Jahr in mehreren Städten, nachdem sich ein iranischer Asylbewerber in einer Würzburger Gemeinschaftsunterkunft getötet hatte. Die Flüchtlinge kritisieren vor allem die Unterbringung in oftmals entlegenen Sammelunterkünften, das Arbeitsverbot, lange Asylverfahren und die sogenannte Residenzpflicht, die es ihnen verbietet, den ihnen zugewiesenen Landkreis oder das Bundesland zu verlassen.

Der Demonstrationzug startete am Oranienplatz im Stadtteil Kreuzberg, wo seit Monaten Flüchtlinge in Zelten übernachteten, und endete vor dem Bundestag. In den vergangenen Wochen hatten Flüchtlinge mit einer Informationskampagne in Asylbewerberunterkünften in mehr als 20 Städten für die Teilnahme an der Demonstration geworben.

Die Proteste gegen die deutsche Asylpolitik begannen im März 2012. Neben lokalen Protesten in zahlreichen Städten organisierten rund 30 Asylsuchende im Spätsommer 2012 eine Protestwanderung von Würzburg nach Berlin. Vor dem Brandenburger Tor traten ab Oktober einige Flüchtlinge in einen mehrtägigen Hungerstreik. Auf dem Kreuzberger Oranienplatz wurde ein Protestcamp mit Großraumzelten errichtet, das bis heute vom Bezirk geduldet wird. Im Dezember

wurde zudem ein leerstehendes Schulgebäude in Kreuzberg bezogen. Insgesamt leben rund 100 Menschen aus verschiedenen Staaten im Camp und in der Schule. Unterstützt werden sie von zahlreichen Anwohnern.

## Tausende feierten friedlich kurdisches Neujahrsfest

Frühlingsfest „Newroz“ gehört seit 2009 zum UNESCO-Weltkulturerbe

Bonn (epd). Zwischen 15.000 und 20.000 Kurden aus ganz Deutschland haben am Samstag bis in den frühen Abend hinein in Bonn friedlich das kurdische Neujahrsfest „Newroz“ (kurdisch: neuer Tag) gefeiert. Nach Angaben der Polizei vom Sonntag verlief die ganztägige Veranstaltung ruhig und friedlich. Es habe keinerlei Zwischenfälle gegeben. Zuvor waren die Kurden am Samstag in zwei Demonstrationen durch Bonn zum Kundgebungsplatz in der Bonner Rheinaue gezogen, wo dann ein „Fest des Friedens, der Freiheit und der Völkerverständigung“ gefeiert wurde.

Zu dem „Newroz“-Fest hatte die „Konföderation kurdischer Vereine in Deutschland“ aufgerufen. Die Demonstranten schwenkten Fahnen in den kurdischen Farben rot, weiß und grün, sangen und tanzten. Sie forderten in Sprechchören und auf Transparenten die Freiheit ihres seit 14 Jahren in der Türkei inhaftierten Führers Abdullah Öcalan. Außerdem appellierten sie an die türkische Regierung, den Kurden in der Türkei das Recht auf ihre eigene Sprache sowie das Recht auf Ausübung der eigenen Kultur zuzugestehen und eine kurdische Selbstverwaltung zuzubilligen.

Zum Auftakt des mehrstündigen Kulturfestes wurden auch Teile aus der Erklärung des Rebellenführers Öcalan zitiert. Der hatte seine Anhänger zur Beendigung des fast 30 Jahre dauernden bewaffneten Kampfes in der Türkei aufgerufen. Zugleich forderte Öcalan politische Verhandlungen und eine Demokratisierung der Türkei. „Es ist Zeit für Einheit und Zusammenarbeit, nicht für Konflikt“, hieß es in der verlesenen Rede Öcalans.

„Newroz“ hat für die Kurden eine große Bedeutung als Symbol gegen die Unterdrückung und für den Frieden. Mit dem altpersischen Frühlingsfest „Newroz“ beginnt am 21. März für viele Menschen auf dem Balkan, in der Schwarzmeerregion, im Kaukasus, in Zentralasien und im Nahen Osten das neue Jahr. Das über 3.000 Jahre alte Fest gehört seit 2009 auch zum UNESCO-Weltkulturerbe. Die Anfänge des Festes liegen in vorislamischer und vorchristlicher Zeit.

Traditionell erinnern Feuer an den Sieg des Lichts über die Dunkelheit. Im 20. Jahrhundert wurde das Fest für die in der Türkei, Syrien, Armenien, Iran und Irak lebenden Kurden zur Manifestation ihrer nationalen Identität. Aus den Frühlingsfeiern wurden zunehmend Demonstrationen für mehr kulturelle

und politische Eigenständigkeit in den Kurdengebieten. In der Türkei war das traditionelle Fest jahrzehntelang verboten.

## Klage über steigende Friedhofsgebühren

Berlin (epd). Viele Städte haben ihre Friedhofsgebühren deutlich angehoben. Wie die „Welt am Sonntag“ unter Berufung auf die Verbraucherinitiative Aeternitas berichtet, stiegen zum Beispiel in Oberhausen die Grabnutzungsgebühren vom vergangenen auf dieses Jahr je nach Bestattungsart um 76 bis 230 Prozent. Die Ruhrgebietsstadt Bottrop etwa habe 2013 ihre Grabnutzungsgebühren um bis zu 57 Prozent angehoben.

Hauptursache für die steigenden Kosten sei eine sinkende Nachfrage. Aufgrund des Trends zu billigeren Beisetzungsformen wie Urnenbestattung oder Beisetzungen im Ausland blieben immer mehr Grabplätze leer, hieß es. „Viele Friedhöfe sind zu groß“, sagte Alexander Helbach von Aeternitas der Zeitung. Und die Pflege- und Unterhaltskosten für Überhangflächen würden den Gebührenzahlern aufgelastet.

„Die Friedhofsgebühren in Deutschland sind vielerorts intransparent, kaum nachvollziehbar und mitunter auch fehlerhaft kalkuliert“, kritisiert Harald Schledorn, Gebührenexperte beim Bund der Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen. Die Gebühren für Beisetzung und Grabnutzung schwankten je nach Stadt und Bestattungsweise zwischen unter 50 und über 5.000 Euro. Selbst innerhalb einer Stadt gingen die Gebühren in Einzelfällen weit auseinander. Auf den 40 Friedhöfen von Bonn etwa könne die Nutzungsgebühr für ein Reihengrab je nach Friedhofswahl und Ausgestaltung der Grabstätte zwischen 1.115 und 3.080 Euro liegen, hieß es weiter.

## WWF: Rekordbeteiligung bei „Earth Hour“

Berlin (epd). Für eine Stunde sind am Samstagabend Tausende von Sehenswürdigkeiten weltweit unbeleuchtet geblieben: Das ist die Bilanz der siebten „Earth Hour“, mit der der WWF die Aufmerksamkeit auf den Klima- und Umweltschutz lenken wollte. Die Umweltorganisation sprach am Sonntag in Berlin von einer Rekordbeteiligung. In Deutschland beteiligten sich den Angaben zufolge zwischen 20.30 und 21.30 Uhr 144 Städte und Gemeinden an der globalen Aktion zum Schutz des Planeten. Weltweit seien es in diesem Jahr mehr als 7.000 Städte in über 150 Ländern gewesen.

Unter den verdunkelten Bauwerken waren unter anderem die Pyramiden von Gizeh in Ägypten, die Akropolis in Athen sowie das höchste Gebäude der Welt, der Burj Khalifa in Dubai. Zum ersten Mal nahmen der Kreml und der Rote Platz in Moskau

teil. In Berlin versank das Brandenburger Tor im Dunkeln. Auch die Marienkirche in München, das Schloss Belvedere in Weimar, der Kölner Dom und die Skyline in Frankfurt am Main blieben für eine Stunde ohne Beleuchtung.

## Gesellschaft

### Osterpostamt im Endspurt: Schon 28.000 Briefe

Ostereistedt (epd). Deutschlands einziges Osterpostamt im niedersächsischen Ostereistedt bei Bremen setzt zum Endspurt an. Bisher seien rund 28.000 Briefe von Kindern aus aller Welt eingetroffen, sagte der pensionierte Postbeamte Hans-Hermann Dunker am Freitag dem epd. Mit zehn Helfern beantwortet der 74-Jährige jeden Brief, der an den Osterhasen Hanni Hase gerichtet wird. Vergangenes Jahr waren das 36.800 meist liebevoll bemalte und geschmückte Sendungen.

Die Zahl könne auch diesmal erreicht werden, schätzt Dunker. Besonders ausführliche Briefe über zwei oder sogar drei Seiten kommen nach Angaben des Sekretärs des Osterhasen aus China. „Das sind tolle Briefe, überwiegend von jungen Mädchen, die schwärmerisch über den Osterhasen schreiben und alles über unser Osterfest wissen wollen.“ Meist schreiben sie in englischer Sprache, manchmal auch auf Chinesisch. „Da muss ich aber passen“, räumt Dunker ein.

Wer noch an Hanni Hase (Am Waldrand 12, 27404 Ostereistedt) schreiben will, sollte sich jetzt aber beeilen. „Wir sind noch bis Gründonnerstag da und beantworten Post, die dann Ostern noch pünktlich ankommt“, erläuterte Dunker und bat: „Den Absender nicht vergessen.“

In den bunten Briefen, die in Ostereistedt eintreffen, stecken neben guten Wünschen für den Osterhasen oft auch Wunschzettel, „eigentlich wie zu Weihnachten“, berichtete Dunker. Fahrräder, selbst lebende Pferde und vor allem elektronisches Spielzeug und MP-3-Player finden sich ganz oben auf der Wunschliste - und natürlich Schoko-Ostereier. Manchmal notieren Kinder sogar Bestellnummern aus dem Spielzeugkatalog oder legen einen Ortsplan bei, damit Hanni Hase garantiert zu ihnen findet und nichts schiefgeht mit den Geschenken.

„Es gibt aber auch ideelle Wünsche“, fügt Dunker hinzu. „Dazu gehören Frieden in der Welt und in der Familie, Arbeit für den Papa und Gesundheit für den Opa, der im Krankenhaus liegt.“ Das Team um Dunker antwortet in den allermeisten Fällen nicht handschriftlich, sondern mit Vordrucken, die mit Sonderstempeln geschmückt sind. Sonst wäre die Postflut nicht zu bewältigen.



## Zahl der Asylbewerber in Europa steigt um zehn Prozent

Brüssel (epd). Die Zahl der Asylbewerber in der Europäischen Union ist 2012 um fast zehn Prozent gestiegen. Das geht aus Daten hervor, die das EU-Statistikamt Eurostat am Freitag in Luxemburg vorstellte. Demnach suchten im vergangenen Jahr 332.000 Menschen um Asyl nach, 30.000 mehr als 2011. Grund für den Anstieg ist unter anderem der Bürgerkrieg in Syrien. Auch aus Russland kamen mehr Schutzsuchende.

Die größte Flüchtlingsgruppe kam wie bereits 2011 aus Afghanistan. Die meisten Asylsuchenden verzeichnete Deutschland, gefolgt von Frankreich, Schweden, Großbritannien und Belgien. Gemessen an ihrer Einwohnerzahl meldeten hingegen Malta, Schweden, Luxemburg und Belgien die meisten Asylbewerber. Ungefähr ein Viertel aller Antragsteller in Europa erhielt in erster Instanz einen positiven Bescheid.

## EU will mehr Studenten und Wissenschaftler anlocken

Brüssel (epd). Die Europäische Union möchte für nichteuropäische Studenten und Wissenschaftler attraktiver werden. „Die bürokratischen Hürden für einen Gastaufenthalt sind viel zu hoch“, sagte die EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström am Montag in Brüssel bei der Vorstellung eines Gesetzentwurfs. Künftig sollen die europäischen Behörden binnen 60 Tagen entscheiden, ob der Besucher in spe eine Aufenthaltserlaubnis bekommt. Studenten sollen außerdem mindestens 20 Stunden pro Woche arbeiten dürfen, damit sie ihr Studium finanzieren können.

Nach dem Ende des Studiums oder Forschungsprojekts sollen die Akademiker noch zwölf Monate in Europa bleiben dürfen, um sich nach einer Arbeit umzusehen. Umzüge in ein anderes EU-Land sollen leichter werden, auch für die Familien von Wissenschaftlern. Au-Pairs, Schüler und bezahlte Praktikanten sollen ebenfalls unter die neuen Regeln fallen.

„Der EU gelingt es nicht, die benötigten Arbeitskräfte nach Europa zu holen“, unterstrich ein Malmström-Sprecher. „Andere Länder sind sehr viel erfolgreicher bei der Anwerbung begabter Nachwuchskräfte. Es ist im ureigensten Interesse der EU, ihren Ruf als internationalen Exzellenzstandort zu verbessern.“ Im Moment kommen jährlich rund 220.000 Studenten, Wissenschaftler und Praktikanten nach Europa. Die EU-Regierungen und das Europaparlament müssen nun über die Vorschläge der Kommission beraten.

## Zäher Widerstand der Waffennarren

Von Konrad Ege (epd)

Washington (epd). Colorado ist Inbegriff des amerikanischen Westens. Die mächtigen Rocky Mountains, die freie Natur - hier lässt sich niemand etwas vom fernen Washington vorschreiben, hier hegt und pflegt der rechtschaffene Bürger sein Jagdgewehr. So wenigstens das Image des Bundesstaates. Doch ausgerechnet in Colorado hat der Gouverneur nun ein vergleichsweise strenges Waffengesetz unterzeichnet. Alle Käufer müssen sich künftig einer Personenüberprüfung unterziehen. Der Verkauf von Magazinen mit mehr als fünfzehn Schuss Munition wird verboten.

Rund drei Monate nach dem Amoklauf in Newtown (Connecticut), bei dem ein junger Mann 20 Kinder und sieben Erwachsene erschoss, werden erste Initiativen für eine bessere Waffenkontrolle umgesetzt. Auch der Bundesstaat New York ist zur Tat geschritten: Dort dürfen halbautomatische Schnellfeuerwaffen nicht mehr verkauft werden. Ein solches Sturmgewehr, bei dem man ein ganzes Magazin ohne Nachladen abfeuern kann, benutzte der Todesschütze von Newtown.

Auf Bundesebene indes stocken die Bemühungen um eine Waffenrechtsreform, wie sie US-Präsident Barack Obama angeregt hatte. Die nach dem Massaker von Newtown gefühlte Dringlichkeit, entschlossen zu handeln, scheint verpufft.

Im Kongress etwa ließen demokratische Politiker einen Gesetzesentwurf fallen, den Verkauf von Sturmgewehren zu verbieten. Das sei nicht mehrheitsfähig, hieß es. Dabei hatte Präsident Obama im Januar betont, der Verkauf genau dieser Waffen gehöre verboten. Die Waffenlobby setzt sich offenbar durch.

Doch ganz wollen Schusswaffengegner nicht in Pessimismus versinken. Die Sprecherin der „Kampagne zur Verhinderung von Schusswaffengewalt“, Debra DeShong Reed, sieht das Positive: Zum ersten Mal in 20 Jahren befasste sich der US-Kongress überhaupt mit Gesetzentwürfen für eine wirksame Waffenkontrolle, sagt sie dem Evangelischen Pressedienst (epd).

Zur Diskussion stehen weiterhin umfassende Sicherheits-Überprüfungen von Waffenkäufern, wie sie nun Colorado eingeführt hat. In Waffenläden werden die Personalien der Kunden bereits jetzt kontrolliert. Doch beim Handel zwischen Privatpersonen gibt es bislang keinen Background-Check. So werden rund 40 Prozent aller Waffenverkäufe bislang ohne Überprüfung abgewickelt. Diskutiert werden auch Beschränkungen beim Munitionskauf und ein engerer Informationsaustausch zwischen Behörden, um Käufe an psychisch Kranke oder Vorbestrafte zu verhindern.

Die Schusswaffenlobby geht in der Debatte auf Totalopposition. Der Chef der mächtigen National Rifle Association, Wayne LaPierre, attackiert unter anderem die

Gesellschaft

geplante Personenüberprüfung. Dabei handele es sich lediglich um ein „Placebo“, mit der die politische Elite das Volk beruhigen wolle. In Wirklichkeit sei eine umfassende Personenkontrolle überhaupt nicht möglich. Denn Informationen über psychische Leiden etwa unterlägen der ärztlichen Schweigepflicht. Und Kriminelle besorgten sich ihre Waffen ohnehin illegal.

Schätzungen zufolge sind 200 Millionen oder mehr Schusswaffen in den USA im Privatbesitz. Allerdings geht die Zahl der Haushalte mit Schusswaffen zurück. Wie Forscher der University of Chicago herausfanden, haben gegenwärtig rund 34 Prozent der US-Haushalte eine Schusswaffe. In den 70er Jahren habe es in jedem zweiten Haushalt eine Schusswaffe gegeben.

Kurz nach dem Blutbad in Newtown räumte Obama ein, es werde nicht leicht sein, Schusswaffenkontrolle durchzusetzen. Das gelinge nur, „wenn das amerikanische Volk es verlangt“. Und es ist nicht klar, ob US-Amerikaner es wirklich verlangen. Dabei kommen pro Jahr rund 30.000 Menschen durch Schusswaffen ums Leben, bei Suiziden, bei Verbrechen, und bei Unfällen.

## **Kirche und Gewerkschaften wollen Annäherung beim Arbeitsrecht**

Hamburg (epd). Kirche und Gewerkschaften wollen beim kirchlichen Arbeitsrecht aufeinander zugehen. „Im Interesse der Beschäftigten müssen wir tragfähige Lösungen für beide Seiten finden“, sagte der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Michael Sommer, dem Magazin „Der Kirchentag“. Er bezog sich dabei auf das Urteil des Bundesarbeitsgerichtes zur Lockerung des kirchlichen Streikverbots. Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Nikolaus Schneider, sagte dem Kirchentags-Magazin: „Ich habe großes Interesse daran, dass es einen versöhnlichen Weg gibt.“

Das Bundesarbeitsgericht hatte im vergangenen November entschieden, dass kirchlich Beschäftigten das Streiken nicht generell verboten werden darf. Die christlichen Kirchen sowie die Einrichtungen von Caritas und Diakonie haben zwar das Recht, die Arbeitsverhältnisse mit ihren bundesweit rund 1,3 Millionen Beschäftigten nach einem eigenen Verfahren zu regeln. Streiks seien aber unter bestimmten Voraussetzungen zuzulassen, urteilten die höchsten deutschen Arbeitsrichter und gaben damit in zwei Streitfällen den Gewerkschaften ver.di und Marburger Bund recht. Den Gang zum Bundesverfassungsgericht lehnte die EKD nach dem Urteil ab.

Sommer sagte, er sei froh, dass es bereits gelungen sei, die Zusammenarbeit von Kirche und Gewerkschaften zu verbessern. „Nicht im Sinne eines billigen Schulterschlusses, sondern im Vertrauen darauf, dass wir uns einig sind über

## Gesellschaft

## Soziales

Grundwerte, wie wir Menschen und Gesellschaft sehen.“ Schneider unterstrich sein persönliches Vertrauen zu Sommer. Vertrauensvolle Zusammenarbeit dürfe aber nicht allein von wenigen einzelnen Personen abhängen. „Das wird eine permanente Baustelle bleiben“, sagte der EKD-Ratschef.

## **Ver.di ruft zu Warnstreik bei der Stadtmission Heidelberg auf**

Heidelberg (epd). Die Gewerkschaft ver.di in Baden-Württemberg hat ihre Mitglieder bei der evangelischen Stadtmission in Heidelberg am Montag zu einem Warnstreik aufgerufen. Damit soll die Einrichtung zum Eintritt in Tarifverhandlungen gezwungen werden, wie ver.di mitteilte. Die Gewerkschaft missachte damit das Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG) in Erfurt vom November zum Streikrecht, erklärte die Diakonie Baden am Montag auf epd-Anfrage.

Die Gewerkschaft fordert für die 1.400 Beschäftigten der Heidelberger Stadtmission eine Lohnerhöhung von 6,9 Prozent, mindestens aber von 250 Euro. Damit orientiere man sich an den Tarifverträgen der Unikliniken in Baden-Württemberg, teilte ver.di mit. Die Stadtmission habe die Aufforderung zu Tarifverhandlungen abgelehnt mit der Begründung, dass sie als Mitglied des Diakonischen Werks Baden aus Satzungsgründen dazu nicht befugt seien.

„Es ist ein einmaliger Vorgang, dass ver.di Baden-Württemberg das höchste deutsche Arbeitsgericht missachtet“, reagierte der badische Diakonieverband. In seinem Urteil vom 20. November 2012 habe das BAG das kirchliche Arbeitsrecht - den sogenannten Dritten Weg - ausdrücklich bestätigt, so die Diakonie Baden. Allerdings steht die schriftliche Urteilsbegründung noch aus.

## **Merkel ruft zum Zusammenhalt der Generationen auf**

Berlin (epd). Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat zu mehr Zusammenhalt zwischen den Generationen aufgerufen. Jüngere und Ältere müssten in Zukunft mehr Verantwortung füreinander übernehmen, erklärte Merkel am Samstag in ihrer wöchentlichen Videobotschaft. Zum einen müssten die Älteren ihre Lebensarbeitszeit verlängern, zum anderen müsse die Gesellschaft sich mehr um jeden einzelnen jungen Menschen kümmern. Deshalb gebe es 2029 die Rente mit 67. Zugleich müsse dafür gesorgt werden, dass alle Jugendlichen „auch in der Lage sind, eine Ausbildung zu machen“.

„Die Älteren werden ihre Lebensarbeitszeit verlängern müssen, weil sie nach dem Eintritt in die Rente noch eine sehr lange Lebensphase haben, in der sie auch ihr Leben noch gestalten können“, fügte Merkel hinzu: „Das gab es früher nicht

so.“ Zugleich räumte die Kanzlerin ein, dass noch mehr Arbeitsplätze für über 60-Jährige geschaffen werden müssten.

Mit Blick auf den demografischen Wandel und die sinkende Zahl junger Menschen mahnte Merkel, es müsse noch mehr geschehen, um die Schnittstelle zwischen Schulabschluss und den Anforderungen der Berufsausbildung besser miteinander zu verzahnen. Es gelte zudem sicherzustellen, dass Kinder mit Migrationshintergrund auch sprachlich in der Lage seien, wirklich eine Berufsausbildung zu absolvieren.

Merkel sprach sich zudem gegen mehr Belastungen für kinderlose Paare aus: „Wir haben in der Pflegeversicherung eine Komponente, die sich auch nach der Zahl der Kinder ausrichtet. Wir können sagen: Kinderlose Paare zahlen im Durchschnitt mehr Steuern, als das Paare mit Kindern tun, denn auch der Grundfreibetrag der Kinder ist von uns ja erhöht worden.“ Wer keine Kinder hat, müsse mehr Steuern bezahlen und leiste damit auch einen größeren Beitrag für die gesellschaftlichen Aufgaben.

## WDR berichtet über sexuellen Missbrauch in Kinderpsychiatrie

Köln (epd). In der Kinder- und Jugendpsychiatrie St. Johannesstift im nordrhein-westfälischen Marsberg soll es dem WDR zufolge in den 1950er und 60er Jahren massive sexuelle Übergriffe durch Pfleger und Nonnen gegeben haben. Im Fernsehmagazin Westpol, das an diesem Sonntag ausgestrahlt wird, kommen Betroffene „nach Jahrzehnten des Schweigens“ zu Wort, wie der WDR am Samstag in Köln ankündigte.

Bereits in den vergangenen Wochen habe Westpol über massive Übergriffe berichtet, erklärte der Sender. Ehemalige Patienten aus Kinder- und Jugendpsychiatrien in Marsberg, Bad Oeynhausen und Schleswig geben demnach an, in den Einrichtungen bis in die 70er Jahre geschlagen und mit Medikamenten ruhiggestellt worden zu sein. Sie seien mit eiskalten Bädern gequält und in Einzelzellen gesperrt worden. In der Sendung komme auch der Sozialpädagoge und Psychotherapeut Manfred Kappeler zu Wort, der die Schilderungen für glaubwürdig halte, hieß es.

Von der Westpol-Redaktion mit den Vorwürfen der Opfer konfrontiert, zeigte sich die Generaloberin der Vincentinerinnen, Schwester M. Cäcilie Müller, betroffen. Die Generaloberin möchte den Angaben nach Gespräche führen, um die Vergangenheit aufzuarbeiten. Bis 1980 waren die Nonnen im St. Johannesstift in Marsberg für Pflege und Versorgung zuständig. Auch der heutige Träger der Einrichtung in Marsberg, der Landschaftsverband Westfalen-Lippe, lädt den Angaben nach Betroffene zu Gesprächen ein.

Bislang haben Menschen, die in der Kinder- und Jugendpsychiatrie Opfer von Gewalt und sexuellen Übergriffen wurden, kein Anrecht auf Entschädigung. Sie wurden nach WDR-Angaben als Opfergruppe beim Runden Tisch „Heimerziehung“ ausgespart. In einer Petition an den Bundestag fordern sie die Aufarbeitung ihres Leids und Entschädigung.

## Mit Rat und Tat für homosexuelle Eltern

Erste Anlaufstelle für Regenbogenfamilien will auch ideologische Vorbehalte überwinden  
Von Verena Mörath (epd)

Berlin (epd). Die Gäste in der Ladenwohnung an der Cheruskerstrasse in Berlin-Schöneberg sind sich alle einig: Gleichgeschlechtliche Paare müssen rasch die volle rechtliche Gleichstellung erlangen. Das verwundert nicht: Hier hat das bundesweit erste Regenbogenfamilienzentrum seinen Sitz. Die Einrichtung sei „ein einzigartiger Ort für alle speziellen und normalen Sorgen homosexueller Eltern“, sagte SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles beim Tag der offenen Tür.

Das Projekt setzt sich dafür ein, dass Lesben, Schwule und ihre Kinder als gleichwertige Familien anerkannt werden, gleiche Rechte wie heterosexuelle Familien erhalten und die Kinder frei von Benachteiligungen aufwachsen können. Denn, so betont Leiterin Constanze Körner: Für Lesben und Schwule sei der Familienalltag ebenso wie die Realisierung eines Kinderwunsches immer noch mit weit mehr Schwierigkeiten verbunden als für Heterosexuelle: „Das Zentrum mit Beratungs-, Bildungs- und Gruppenangeboten ist deshalb eine wichtige Anlaufstelle.“

Das finden Michael und Kai Korok und ihre vierjährige Pflege Tochter Jana auch. „Wir schätzen es, mit homosexuellen Eltern zusammenzukommen, weil wir dann über bestimmte Dinge nicht mehr reden müssen und unser Familienleben ganz selbstverständlich ist“, sagte Korok. Sie würden als Familie zwar keine Diskriminierungen erleben, aber viele seien irritiert über ihre Familienkonstellation.

Dank des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 19. Februar hat sich die Situation der homosexuellen Paare verbessert. Karlsruhe hob das Verbot der Sukzessivadoption auf. Bis zum 30. Juni 2014 muss der Gesetzgeber eine neue Regelung schaffen, damit Homosexuelle, die in einer eingetragenen Partnerschaft leben, die bereits von ihrem Partner bzw. ihrer Partnerin angenommenen Kinder adoptieren dürfen.

Ein gemeinsames Adoptionsrecht für Schwule und Lesben gibt es indes noch nicht, ebenso kein Ehegatten-Splitting für gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Hier sperren sich die Konservativen in CDU und CSU.

„Dabei zeigen neueste Umfragen, dass auch die Wähler der konservativen Parteien in ihrer Mehrheit für eine rechtliche Gleichstellung sind, in der Gesamtbevölkerung

sind es über zwei Drittel“, betonte Alexander Straßmeir (CDU), der Berliner Staatssekretär für Justiz. „Die Realität ist viel weiter als die Politik, während die Gegner der Gleichstellung immer noch in ihrer Ideologie verharren“, stellte Renate Künast, die Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Grünen, fest.

In Deutschland wachsen Tausende Kinder in Regenbogenfamilien auf. Die Mehrheit stammt aus vorherigen heterosexuellen Beziehungen. Zunehmend entscheiden sich aber Lesben und Schwule auch nach ihrem Coming Out für eigene Kinder.

Es gibt auch homosexuelle Männer und Frauen, die keine eigenen Kinder haben, sich als Pate und Patin einbringen wollen. Sie wenden sich beispielsweise an das Projekt „Biffy Berlin - Big Friends for Youngsters e.V.“, das seit 2001 Paten meist an Ein-Eltern-Familien vermittelt.

„Bei uns sind homosexuelle Paten eine unverzichtbare Freiwilligen-Gruppe“, sagt die leitende Koordinatorin Andrea Brandt. „Schwule Paten identifizieren sich stark mit der Patenschaft, weil sie dann ein Stück Familie leben können.“ Aufgrund der eigenen Erfahrung mit Stigmatisierung seien sie besonders verantwortungsbewusst.

Längst haben Studien mit dem Vorurteil aufgeräumt, dass Kinder in diesen Familien unter den fehlenden Rollenbildern leiden, weil sie zwei Väter oder zwei Mütter haben. In der Studie „Die Lebenssituation von Kindern in gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften“ des Staatsinstituts für Familienforschung der Universität Bamberg ist nachzulesen, dass ihre Persönlichkeitsentwicklung, ihre schulische und berufliche Entwicklung nicht schlechter verlaufen als bei anderen Kindern.

## Komplexe Rechtslage

Oberste US-Richter beraten über Homo-Ehe

Von Konrad Ege (epd)

Washington (epd). Der Oberste US-Gerichtshof in Washington befasst sich in dieser Woche mit schwulen und lesbischen Partnerschaften. Ein höchstgerichtliches Ja zur Legalisierung der Homo-Ehe liegt im Bereich des Möglichen. Die Mehrheit der US-Bevölkerung befürwortet inzwischen die Anerkennung dieser Form des Zusammenlebens. Konservative Kirchen und Verbände in den USA schlagen dagegen Alarm: Die Homo-Ehe verstoße gegen die jahrtausendealte Tradition der „jüdisch-christlichen Definition der Ehe“, warnte der Vorsitzende des Ethikausschusses des Südlichen Baptistenverbandes, Richard Land. Der Staat müsse dafür sorgen, dass „Kinder ein Anrecht auf einen Mutter und einen Vater haben“.

Dass es das Thema Homo-Ehe dennoch bis zum Obersten Gerichtshof geschafft hat, reflektiert einen massiven Meinungsumschwung. Bei einer Erhebung der „Washington Post“ vor zehn Jahren sprachen sich nur 37 Prozent für deren Anerkennung aus. Im März 2013 waren es 58 Prozent. Im November 2012

## Soziales



stimmten die Wähler in den Bundesstaaten Maryland, Maine und Washington für die Zulassung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften.

Die Rechtslage ist komplex. In neun der fünfzig Bundesstaaten und der Hauptstadt Washington dürfen schwule und lesbische Paare heiraten. Auf Grund des seit 1996 geltenden „Defense-of-Marriage“-Gesetzes zum Schutz der traditionellen Bindung darf die nationale Regierung gleichgeschlechtliche Ehen allerdings nicht anerkennen. Die Homo-Paare erhalten wegen dieses „Gesetzes zur Verteidigung der Ehe“ nicht die Hetero-Paaren automatisch zugesprochenen Begünstigungen bei Steuer, Versicherung und Erbschaft. Dreißig Staaten haben die Homo-Ehe in ihren Verfassungen zudem verboten.

Dem Obersten Gerichtshof liegen nun zwei Streitpunkte vor. An diesem Dienstag findet die mündliche Anhörung zur „Proposition 8“ statt. Bei diesem „Referendum 8“ stimmten die Bürger von Kalifornien im November 2008 für einen Zusatz zur Verfassung des Staates, dass Kalifornien nur die Ehe zwischen einem Mann und einer Frau anerkennen solle. Ein Bundesgericht hat diese Vorschrift für ungültig erklärt. Der Staat habe keine „legitimen“ Gründe für die Diskriminierung der homosexuellen Minderheit vorgebracht.

Am Mittwoch befassen sich die Richter mit dem Gesetz zur Verteidigung der Ehe. Nach Auffassung der Klägerin, einer lesbischen Frau aus Kalifornien, ist diese Vorschrift nicht vereinbar mit dem in der Verfassung verankerten Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz. Ex-Präsident Bill Clinton kritisierte jüngst, das „Defense-of-Marriage“-Gesetz, auch kurz DOMA genannt, sei verfassungswidrig. Dabei hatte es Clinton selbst unterzeichnet. 1996 sei eine „ganz andere Zeit“ gewesen, erläuterte der Staatsmann. Nur 81 der 535 Senatoren und Abgeordneten hätten damals gegen DOMA gestimmt.

Führende Wirtschaftsunternehmen, darunter Google, Microsoft, Xerox und Starbucks, haben sich gegen das DOMA-Gesetz ausgesprochen. In Fernsehserien, im Kino und selbst in Computerspielen treten schwule und lesbische Akteure auf. Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften sind zunehmend normal im US-Alltag.

Es gibt freilich beträchtliche regionale Unterschiede. Im Süden und auf dem Land ist man eher gegen die Homo-Ehe. Auch das Alter spielt eine Rolle: Bei der „Washington Post“-Umfrage erklärten 81 Prozent der Befragten zwischen 18 und 29 Jahren, sie seien für lesbische und schwule Partnerschaften, bei den 30- bis 64-Jährigen waren es 56 Prozent.

Die Republikaner lehnen die Gleichstellung mehrheitlich ab. Doch die Front bröckelt. Im März trat der republikanische Senator Rob Portman aus „persönlichen Gründen“ für die Homo-Ehe ein, nachdem er jahrelang gegen die Rechte für Homosexuelle

## Soziales

gestimmt hatte. Sein schwuler Sohn solle von der „Freude und Stabilität der Ehe“ nicht ausgeschlossen werde, erklärte Portman.

Dutzende republikanische Prominente, darunter Ex-Vizepräsident Dick Cheney und die frühere First Lady Barbara Bush befürworten inzwischen die Anerkennung der Homo-Ehe. Republikanische Politiker machen vereinzelt geltend, „individuelle Freiheit“ sei ein zutiefst konservativer Wert. Und der Staat solle sich aus dem Privatleben heraushalten. Die beiden Urteile werden im Juni vor der Sommerpause des Gerichtshofs erwartet.

## Bundespräsident Joachim Gauck ehrt Sozialpionier Francke

Halle (epd). Bundespräsident Joachim Gauck hat am Samstag an den vor 350 Jahren geborenen Sozialreformer August Hermann Francke erinnert. Bei einem Festakt in Halle würdigte Gauck Francke als Unternehmer und Gelehrten. Es gebe wenige Persönlichkeiten, die so produktiv, zukunftsweisend, fromm, global und bis heute inspirierend gehandelt hätten. Die von dem Theologen gegründeten Franckeschen Stiftungen stünden für den Mut, aktuelle Herausforderungen anzupacken. Weltveränderung durch Menschenveränderung bleibe Auftrag auch für die heutige Generation in Unternehmen, Schulen und Kirchen, sagte Gauck weiter.

Francke (1663-1727) war evangelischer Theologe, Pädagoge und einer der Hauptvertreter des Pietismus, einer bis heute wirkenden christlichen Glaubensbewegung. Auf dem Gelände der von ihm 1698 gegründeten Stiftungen befinden sich heute mehr als 40 Bildungs- und Sozialeinrichtungen. Die Stiftungen streben für ihre historischen Anlagen den UNESCO-Welterbetitel an.

Mit dem Festakt im Freylinghausen-Saal der Stiftungen wurde zugleich die Ausstellung „Die Welt verändern. August Hermann Francke - Ein Lebenswerk um 1700“ mit mehr als 300 Exponaten eröffnet. Die Stiftungen haben ihrem Gründer ein ganzes Geburtstagswochenende gewidmet. Zu den weiteren Höhepunkten gehörte ein Festgottesdienst in der Marktkirche am Sonntag.

Gauck zufolge hat Francke mit seiner Betonung von Bibel und Bildung auch die Kernanliegen der Reformation aufgenommen, durch seine weltweiten Netzwerke das Luthertum globalisiert und weltgeschichtliche Wirkungen entfaltet. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) sagte, Franckes Erfolg habe viel mit seinem christlichen Glauben und seinem Realitätssinn zu tun. Mit ihrer Wiederbelebung nach der deutschen Einheit hätten die Stiftungen in der kulturellen und pädagogischen Landschaft in Deutschland heute einen herausragenden Platz inne.

In der bis 21. Juli laufenden Ausstellung zeigen die Stiftungen Bilder von Francke, seinen Wegbegleitern und zeitgenössischen Gelehrten sowie Originaldokumente,

Soziales

Kultur

Handschriften und naturwissenschaftliche Exponate aus dem 18. Jahrhundert. Der Festakt war zudem Auftakt für eine mehrmonatige Stiftungs-Jubiläumsreihe mit dem Titel „Vision und Gewissheit. Franckes Ideen 2013“. Auch außerhalb Halles wird der 350. Geburtstag Franckes gewürdigt. So sind weitere Ausstellungen etwa im sächsischen Leipzig und in Gotha (Thüringen) sowie Tagungen geplant.

## „Zwischen Himmel und Erde“ im Bibelturm

Dessau-Roßlau (epd). Der Bibelturm der Petrikirche im Wörlitzer Park in Sachsen-Anhalt ist für Besucher wieder offen. Bis Mitte Oktober kann auf den drei Ebenen der früheren Türmerwohnung die Dauerausstellung „Zwischen Himmel und Erde“ besichtigt werden. Sie umfasst mittelalterliche und astronomische Darstellungen des Himmels, ein Faksimile der „Zerbster Prunkbibel“ sowie eine „Kinder-Bibel-Ecke“. Zum Rundgang gehört auch die Plattform des 66 Meter hohen Turms, von der aus bei klarer Luft die Lutherstadt Wittenberg und der Petersberg bei Halle zu sehen sind.

Der 1994 eröffnete Bibelturm wird jährlich von bis zu 15.000 Gästen besucht. Der Wörlitzer Park mit der Petrikirche ist Teil der UNESCO-Weltkulturerbestätte Dessau-Wörlitzer Gartenreich. Träger des Bibelturm-Projektes ist eine ökumenische Initiative unter Leitung der Evangelischen Landeskirche Anhalts, der auch das Kirchengebäude gehört. Die ehemals romanische Petrikirche wurde Anfang des 19. Jahrhunderts in neogotischem Stil umgebaut.

## Auftakt für Thüringer Bachwochen mit Hausmusiken

Weimar (epd). Mit einem Teilnehmerrekord bei der traditionellen „Langen Nacht der Hausmusik“ haben am Freitag in 39 Städten und Gemeinden die diesjährigen Thüringer Bachwochen begonnen. Nach dem traditionellen Auftakt erklingt am Auftag von Johann Sebastian Bach (1685-1750) am Samstag in Weimar die Matthäuspassion des einstigen Leipziger Thomaskantors mit dem Collegium Vocale Gent unter Philippe Herreweghe. Auf dem Programm des bis 14. April laufenden Festivals stehen knapp 50 Veranstaltungen in elf Thüringer Orten.

Inhaltlicher Schwerpunkt sind nach Angaben der Veranstalter Konzerte junger Musiker, die seit vielen Jahren in der Reihe „Generation Bach“ ihr Publikum finden. Erstmals seien als Veranstaltungsorte die Schlösser Ettersburg bei Weimar und Wilhelmsthal bei Eisenach sowie die Südthüringer Kreisstadt Meiningen einbezogen. Als Mitwirkende im Festivalprogramm sind unter anderem die Cembalistin Christine Schornsheim, die Blechbläser der Berliner Philharmoniker und der Tölzer Knabenchor angekündigt.

Mit einem Konzert in Arnstadt gastiert das Quartett New York Polyphony erstmals in Deutschland. Im Theater Erfurt ist die Uraufführung des Tanztheaters „Soli Deo Gloria“ der israelischen Choreografin Lee Meir angekündigt. Weitere ausländische Solisten kommen aus Belgien, der Schweiz, Österreich und Frankreich.

Für das Festival im 20. Jahrgang verfügt der Trägerverein nach eigenen Angaben über ein Budget von 420.000 Euro. Zu den Bachwochen im vorigen Jahr kamen rund 17.000 Besucher.

## Internationales Bachfest kommt nach Detmold

Detmold (epd). Das Bachfest der Neuen Bachgesellschaft findet in diesem Jahr in Detmold statt. Unter dem Motto „Bach - Lehrer und Gelehrter“ sind vom 1. bis 3. Mai mehr als 60 Veranstaltungen an 20 Spielorten zu erleben, wie die Hochschule für Musik am Freitag in Detmold ankündigte. Auf dem Programm des 88. Bachfests stehen unter anderem ein Gottesdienst „Leipziger Art“ mit dem Pfarrer der Leipziger Thomaskirche sowie ein großes Chor- und Orchesterkonzert, mit dem sich die Hochschule für Kirchenmusik Herford am Bachfest beteiligt.

Schirmherrin des Festivals ist die NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD). Ausgerichtet wird das Bachfest von der Detmolder Hochschule für Musik. Veranstalter ist der Verein Neue Bachgesellschaft in Leipzig.

## Akademie der Künste ehrt Robert Menasse für Europa-Engagement

Berlin (epd). Der Romancier und Essayist Robert Menasse wird am Mittwoch mit dem Heinrich-Mann-Preis der Berliner Akademie der Künste ausgezeichnet. Neben seinen literarischen und philosophischen Leistungen werde mit dem Preis auch Menasses Engagement und Einstehen für Europa geehrt, erklärte die Akademie am Montag in Berlin. In seinem vor kurzem erschienenen Großessay „Der Europäische Landbote“ habe er überzeugend den Vorwurf widerlegt, Intellektuelle hätten zu Europa nichts zu sagen.

„Als skeptischer, vom Leben belehrter Schriftsteller weiß Menasse, dass keine historische Vernunft Europa hilfreich zur Seite steht und der Union eine aussichtsreiche Zukunft garantiert“, heißt es in der Begründung. Doch als Philosoph weigere er sich, dem Pessimismus und der Unvernunft das Feld zu überlassen. Es sei ein Vergnügen, Robert Menasse bei diesem inneren Widerstreit zuzuschauen.

Robert Menasse wurde 1954 in Wien geboren. Er studierte Germanistik, Philosophie und Politikwissenschaft. 1980 promovierte er mit einer Arbeit über den „Typus

des Außenseiters im Literaturbetrieb“. Menasse lebt hauptsächlich in seiner Geburtsstadt Wien. Der mit 8.000 Euro dotierte Heinrich-Mann-Preis wird jährlich am 27. März, dem Geburtstag des Schriftstellers (1871-1950), vergeben. Preisträger der vergangenen Jahre waren unter anderem der Berliner Schriftsteller Uwe Kolbe (2012) und der Schauspieler Hanns Zischler (2009).

## Vater der afrikanischen Literatur gestorben

Friedenspreisträger Chinua Achebe wollte zwischen Kulturen vermitteln

Von Holger Ehling und Renate Kortheuer-Schüring (epd)

Frankfurt a.M. (epd). Chinua Achebe gilt als Vater der modernen afrikanischen Literatur: Mit seinem ersten Roman „Okowonko oder Das Alte stürzt“, der 1958 noch zur Kolonialzeit in Großbritannien erschien, wurde in der westlichen Welt erstmals zur Kenntnis genommen, dass es eine afrikanische Literatur gibt. Das Buch gilt heute als Klassiker. Der nigerianische Autor starb am Donnerstagabend im Alter von 82 Jahren in einem Krankenhaus in Massachusetts (USA).

Seit Jahrzehnten hatte sich der Essayist und Romancier auch mit den politischen Verhältnissen in seiner Heimat auseinandergesetzt. 2002 wurde er als einer der wichtigsten Autoren Schwarzafrikas mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels geehrt. In den letzten Jahren war es allerdings stiller geworden um Achebe, der seit einem schweren Autounfall 1990 an den Rollstuhl gefesselt war.

Sein Roman „Okowonko oder Das Alte stürzt“ ist bis heute der wohl bedeutendste Versuch, das Eindringen von Kolonialismus und Mission ins traditionelle Afrika darzustellen. Das Buch wurde in mehr als 50 Sprachen übersetzt und ist das mit Abstand am meisten beachtete literarische Werk eines Schwarzafrikaners.

Die historischen Ursachen der heutigen Situation Afrikas, die Kritik an den politischen Zuständen und ihre Bedeutung für das Individuum zeichnet Achebes fünf Romane aus: In ihrer Gesamtheit bilden sie eine literarische Chronik Westafrikas, von der ersten Begegnung zwischen Europäern und Afrikanern über den Kolonialismus bis hin zu Unabhängigkeit, enttäuschten Hoffnungen und dem Verfall der Zivilgesellschaft.

Achebes fünfter und letzter Roman, „Termitenhügel in der Savanne“ (1988, deutsch: 1991/2002) ist von schonungsloser Kritik an den herrschenden Schichten geprägt. 21 Jahre lagen zwischen diesem Roman und seinem vorherigen Buch „Ein Mann des Volkes“, in dem er Entwicklungen, die zum Militärputsch in Nigeria und dem Ende der ersten Republik führten, hellseherisch vorweggenommen hatte.

Achebes Helden sind meist tragische Figuren: Die Veränderung der Lebensumstände bedeutet für sie eine persönliche Katastrophe. Durch den psychologischen Blick seiner Werke vermeidet Achebe eine ideologische Banalisierung des Ge-

schehens. Wo andere Autoren oftmals recht platt das Unrecht des Kolonialismus anprangern, vermochte er es, auch die Brüche traditioneller Gesellschaften darzulegen, den Nährboden für die Saat radikaler Veränderungen.

Kritiker priesen vor allem seine Kunst, englisch und doch afrikanisch zu schreiben. Nigerianische Sprachfiguren wie „das Palmöl, mit dem Sprache gegessen wird“ finden sich bei ihm immer wieder. Achebe wurde zum Wortführer einer Literatengeneration, die die ihnen aufgezwungene europäische Sprache als Eigentum betrachtet und sie kreativ wie subversiv gebrauchte. Seit Mitte der 60er Jahre enthält sein Werk auch Elemente bissiger Satire.

1930 im ostnigerianischen Ogidi als Sohn einer christlichen Familie geboren, gehörte Achebe zum Volk der Ibo, einer der drei dominierenden Ethnien im Vielvölkerstaat Nigeria. Nach Elite-College und Studium arbeitete er zunächst als Lehrer, danach beim nigerianischen Rundfunk, wo er 1961 zum Direktor des Auslandsdienstes aufstieg. Diesen Posten legte er nach den Massakern an den Ibo vor Beginn des Biafra-Krieges (1967-1970) nieder. Während des Krieges war er „Sonderbotschafter“ der Biafra-Sezessionisten in Amerika und Europa.

Nach Ende des Bürgerkriegs kehrte er nach Nigeria zurück und lehrte an der Universität Nsukka sowie in den USA. Achebe gründete die einflussreiche Literaturzeitschrift „Okike“. Zuletzt lebte er in den USA.

Achebe war bemüht, koloniale Bilder Afrikas, wie Joseph Conrads „Herz der Finsternis“, zu korrigieren. Er wollte als Vermittler wirken zwischen den Kulturen. In seiner Heimat war sein Leitbild der traditionelle afrikanische Erzähler: zugleich Lehrer, Warner und Visionär. Dabei bediente er sich vieler literarischer Formen. Achebe schrieb auch Gedichte und preisgekrönte Kinderbücher.

Politisch äußerte sich Achebe nicht so kämpferisch wie seine Landsleute und Kollegen Wole Soyinka und Ken Saro-Wiwa. Dennoch verstand er sich als „Protestschriftsteller“. Er wollte - wie er selbst betonte - Afrika helfen, den Glauben an sich selbst wiederzugewinnen, und die Komplexe zu überwinden, die durch lange Jahre der Beleidigung und Selbsterniedrigung entstanden seien.

## Gundula Gause glaubt an Gott der Nächstenliebe

Frankfurt a.M. (epd). Gundula Gause sucht regelmäßig Halt und Trost in Gebeten. „Ich bete durchaus häufig - am Tag oder auch mal in schlaflosen Nächten“, sagte die 47 Jahre alte ZDF-Nachrichtenmoderatorin dem evangelischen Monatsmagazin „chrismon“ (April-Ausgabe): „Mein Gott ist der Gott der Nächstenliebe. Wende ich mich an ihn, weiß ich, dass ich mich an einen verzeihenden Gott wende, und das tröstet.“

## Kultur

## Medien

## Medien

Die Protestantin, die sich als Schirmherrin des Afrikatages für das katholische Hilfswerk Missio engagiert, sagte, als gläubiger Christ müsse man den Tod nicht fürchten. Gleichwohl habe sie Angst vor einem Tod, der sie aus der Mitte des Lebens reißen würde - „zu einem Zeitpunkt, den man einfach für zu früh hielte“.

### Ein Dinosaurier geht

Im ZDF läuft zum letzten Mal „Ein Fall für zwei“

Von Michael Ridder (epd)

Frankfurt a.M./Mainz (epd). Lederjacke, robuster Körpereinsatz und flotte Sprüche sind seine Markenzeichen - und wir Zuschauer müssen künftig darauf verzichten: Privatdetektiv Josef Matula, gespielt von Claus Theo Gärtner, ist am Freitag (29. März) zum letzten Mal im ZDF zu sehen. Mit der 300. Folge stellt der Sender die Krimireihe „Ein Fall für zwei“ nach 32 Jahren ein. Die Entscheidung ist konsequent, denn ohne den 69-jährigen Gärtner, der Ende 2011 seinen Ausstieg angekündigt hatte, könnte man sich die Serie kaum vorstellen.

Der Start der Reihe am 11. September 1981 läutete für das Krimigenre ein neues Zeitalter im deutschen Fernsehen ein. Erstmals standen keine Kommissare im Mittelpunkt, sondern ein Rechtsanwalt und ein Privatdetektiv. Frankfurt am Main, diese widersprüchliche Stadt zwischen Bembel und Börse, gab den perfekten Schauplatz für das innovative Konzept ab. Während Matula bevorzugt in Frittenbuden, Hinterhöfen und Puffs ermittelte, hatten die wechselnden Anwälte Zugang zu Wirtschaftsbossen, Ärzten und Verlegern. Aus dem Clash der Milieus schöpfte „Ein Fall für zwei“ Spannung und Witz.

Die Serie kam an und sicherte dem ZDF in der Anfangszeit hohe Quoten von bis zu 15 Millionen Zuschauern. War es zu Beginn Günter Strack, der als ebenso beliebter wie intelligenter Anwalt Dieter Renz die Reihe prägte, so war es in den späteren Jahren zunehmend Claus Theo Gärtner, der als Matula zur Kultfigur wurde. Irgendwann wurde er in den Credits denn auch zuerst genannt. Matula wurde zwar älter und bekam immer mehr Knautschfalten, aber im Kern blieb er immer derselbe - ein ruppig daherkommender, zugleich liebenswerter einsamer Großstadtcowboy, der unbeirrbar für das Gute streitet.

Viele Schauspieler, die später zu Prominenz gelangten, übernahmen zu Beginn ihrer Karriere kleinere Rollen in „Ein Fall für zwei“. So war der heutige Oscar-Preisträger Christoph Waltz bereits 1985 als undurchsichtiger Sonderling, der unter Mordverdacht steht, in der Folge „Blutsbande“ zu sehen. Aber auch Heiner Lauterbach, Barbara Rudnik oder Martina Gedeck traten in jungen Jahren in der Krimiserie auf.

„Ein Fall für zwei“ veränderte sich im Laufe der Jahre - und blieb beim Publikum erfolgreich, auch wenn die Quoten aufgrund des veränderten Mediumfelds nicht



mehr die einstige Höhe erreichten. Jeder Anwalt brachte seine eigene Note ein, vor allem Rainer Hunold als Dr. Franck mit seinem Golden Retriever Umba. Statt der menschlichen Tragödien in Frankfurter Handwerks- oder Gärtnereibetrieben rückten später zunehmend die Aktivitäten des internationalen organisierten Verbrechens in den Vordergrund. Damit wandelte sich auch die Bildsprache: Es ging schneller, härter und direkter zu, was der Serie neue Frische brachte.

Am 29. März, pikanterweise Karfreitag, ist nun Schluss. Die letzte Folge trägt den bezeichnenden Titel „Letzte Worte“. Es ist ein Abschiedsdrama in düsteren Farben, das um die Themen Realität und Identität, Recht und Gerechtigkeit kreist. Danach wird nur noch Michael Ande, der seit 1977 als Assistent in „Der Alte“ zu sehen ist, als Krimi-Dinosaurier im deutschen Fernsehen übrigbleiben. Matula-Darsteller Gärtner will derweil mit einem Wohnmobil durch die Welt reisen.

## **Elftes Weltsozialforum in Tunis stellt „Würde“ in den Mittelpunkt**

Frankfurt a.M. (epd). Gut zwei Jahre nach Beginn der Umwälzungen in der arabischen Welt findet das diesjährige Weltsozialforum von Dienstag (26. März) an im Ursprungsland der Protestwelle statt. Rund 30.000 Menschen aus 127 Ländern haben nach Angaben der Organisatoren ihre Teilnahme an dem Treffen in Tunesien zugesagt, wo der arabische Frühling im Dezember 2010 seinen Ausgang nahm. Das 11. Weltsozialforum, das am 30. März endet, steht unter dem Motto „Würde“ und betont den Widerstand gegen autoritäre Strukturen, Ungerechtigkeit und Unterdrückung.

„Wir erwarten von diesem elften Weltsozialforum neue und kräftige Impulse für den Widerstand gegen Armut und soziale Ungerechtigkeit, für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und eine lebenswerte Umwelt“, erklärte Attac Deutschland vor dem Treffen. Es stimme optimistisch, dass sich in Tunis jetzt große Gewerkschaften und neue, aus der Krise gewachsene Gruppen zu gemeinsamen Aktionen zusammenfinden könnten. Das Zusammenbringen alter und neuer Bewegungen ist ein erklärter Schwerpunkt. Ziel sei, „gemeinsame Wege für eine ‚andere Welt‘ zu beschreiten“, betonte das Organisationskomitee.

Aus Deutschland nehmen mehrere Dutzend Gruppen, Institutionen und Organisationen teil, darunter neben Attac auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und das evangelische Hilfswerk „Brot für die Welt“. Themenschwerpunkte der deutschen Delegationen sind unter anderem Bildung statt Kinderarbeit, die Folgen der europäischen Migrationspolitik und das Recht auf Nahrung.

Das Weltsozialforum wurde 2001 in der brasilianischen Stadt Porto Alegre als Gegengipfel zum Weltwirtschaftsforum im Schweizer Kurort Davos gegründet. Es versteht sich als offene Bewegung und bekennt sich in einer Charta zu Toleranz, Gewaltfreiheit, Demokratie, Menschenrechten und Pluralismus.

## Medien

## Entwicklung

## Terre des hommes kritisiert moderne Sklaverei in Textilindustrie

Termin: Anti-Sklaverei-Tag am 25. März

epd-Gespräch: Michaela Hütig

Frankfurt a.M. (epd). Das Kinderhilfswerk terre des hommes sieht die Textilindustrie als Zentrum moderner Sklaverei. „Es gibt heute mehr Sklaven als zu Zeiten des transatlantischen Sklavenhandels, neben der Landwirtschaft vor allem in der Textilbranche und im Baumwollanbau“, sagte die Kinderrechtsexpertin der Organisation, Barbara Küppers, dem Evangelischen Pressedienst (epd) in einem Gespräch zum Anti-Sklaverei-Tag am 25. März. Die Entwicklung sei schockierend: Mindestens zwölf Millionen Menschen weltweit lebten in sklavereiähnlichen Verhältnissen, darunter zahlreiche Kinder.

„Dieses Ausmaß hat ganz klar mit der modernen Textilindustrie zu tun“, erklärte Küppers. „Sie braucht massiv billige Arbeitskräfte, weil sie billig produzieren muss.“ Weltweit beschäftige die Branche etwa 24 Millionen Menschen, 80 Prozent von ihnen Frauen. Viele Menschen seien überrascht, wenn heutzutage noch von Sklaverei die Rede sei. Doch aus Sicht von terre des hommes nehme das Phänomen immer mehr zu, lediglich die Erscheinungsformen hätten sich gewandelt.

„Früher konnte man einen Sklaven kaufen, der einem dann mit Haut und Haaren und für immer gehörte“, sagte die Expertin. Heute dagegen seien die Abhängigkeiten meist zeitlich befristet. Das habe auch zur Folge, dass den Arbeitgebern weniger am Wohl der Beschäftigten liege. „Anders als früher beuten Sklavhalter Menschen heute auf Zeit aus und werfen sie nach Gebrauch quasi weg“, sagte Küppers.

Deutlich wird das laut Küppers bei der Ausbeutung junger Mädchen und Frauen in Spinnereien im südindischen Tirupur, einem der größten Textilzentren der Welt. Hintergrund sei das sogenannte Sumangali-System („glückliche Braut“): Armen Familien werde ein Bonus versprochen, wenn die Tochter einen dreijährigen Arbeitsvertrag erfüllt. In der Hoffnung, das Mädchen gut verheiraten zu können, verplanen die Familien das Geld für die Mitgift - eine eigentlich illegale Zahlung an die Eltern des Bräutigams. Für einen Hungerlohn werden der Expertin zufolge so in der Region 120.000 Frauen und Mädchen wie Sklaven gehalten und ausgebeutet.

Scharfe Kritik übte Küppers auch an Usbekistan, dem größten Baumwollexporteur der Welt: Die dortige Regierung zwingt Schulkinder und Studenten in den Ferien zu Ernteeinsätzen auf pestizidverseuchten Baumwollfeldern. „Die Kinder werden schulklassenweise auf die Felder gekarrt, und wer nicht mitmacht, hat mit Strafen zu rechnen“, sagte die Kinderrechtsexpertin: „Es sind auch schon Studenten in den Knast gewandert, die sich verweigert haben.“ Von internationaler Kritik habe sich die usbekische Regierung bislang nicht beeindruckt lassen.

Entwicklung

## Deutscher Entwicklungshelfer von afghanischer Polizei befreit

Berlin (epd). Ein deutscher Entwicklungshelfer in Afghanistan ist nach einer eintägigen Entführung von der afghanischen Polizei befreit worden. Wie „Spiegel Online“ am Montag berichtete, war der Mann am Samstag in der Provinz Badachschan verschleppt worden. Es handelt sich um einen Mitarbeiter der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

Eine GIZ-Sprecherin bestätigte dem Evangelischen Pressedienst (epd) die Entführung, wollte aber keine Details nennen. Sie sagte lediglich, ein deutscher Mitarbeiter sei am Samstag vermisst worden. Die Organisation habe alles getan, um die Situation umgehend aufzuklären und sei mit dem Ausgang sehr zufrieden. Insbesondere durch die Hilfe der Bevölkerung habe der Mann innerhalb von 24 Stunden unversehrt wieder aufgefunden werden können.

Laut „Spiegel Online“ waren die Täter lokale Kriminelle mit Kontakten zu den Taliban. Die Entführung habe sich nach Angaben aus afghanischen Sicherheitskreisen in der Ortschaft Baschtu nahe der Provinzhauptstadt Faisabad ereignet. Der lokale Polizeichef sagte dem Nachrichtenportal, die Polizei habe Hinweise auf die Entführung von Dorfältesten erhalten. Die Geisel sei nach einer kurzen Schießerei am Sonntag unverletzt befreit worden. Die drei Entführer seien festgenommen worden.

## Ex-General Musharraf kehrt zu den Wahlen nach Pakistan zurück

### Einigung auf Übergangsregierung

Islamabad/Dubai (epd). Trotz Morddrohungen ist Pakistans Ex-Präsident Pervez Musharraf am Sonntag nach vier Jahren im selbstgewählten Exil am Arabischen Golf in seine Heimat zurückgekehrt. Der frühere Militärherrscher wurde in der Hafenstadt Karachi mit einem großen Sicherheitsaufgebot empfangen, wie pakistanische Medien berichteten. Die radikal-islamischen Taliban haben damit gedroht, Musharraf umzubringen. Der 69-jährige Politiker will bei den Wahlen Mitte Mai ein politisches Comeback erreichen.

„Ich bin hier, um Pakistan zu retten. Ich fürchte niemanden außer Gott“, versicherte Musharraf bei seiner Ankunft. Während seine Anhänger den ehemaligen General am Flughafen bejubelten, wurde eine Pressekonferenz und eine anschließende Ralley von Musharraf durch die Metropole Karachi aus Sicherheitsgründen abgesagt.

Am Samstag hatte die pakistanische Terrorgruppe Tehrik-e-Taliban (TTP) erklärt, dass sie ein Kommando von Selbstmordattentätern bereithalte, um den Politiker zu töten.

## Entwicklung

## Entwicklung

Musharraf war zwischen 2001 und 2008 Präsident des islamischen Landes. Die Taliban und andere extremistischen Gruppen in Pakistan stellten sich gegen den Ex-General, nachdem dieser 2001 ein Bündnis mit den USA im Kampf gegen den Terror einging. Musharraf hat bereits drei Attentate überlebt. Auch auf die Politikerin Benazir Bhutto war 2007 nur Stunden nach ihrer Rückkehr aus dem selbstgewählten Exil nach Pakistan ein Anschlag verübt worden, bei dem sie allerdings unverletzt blieb. Die ehemalige Premierministerin starb jedoch nur wenige Wochen später bei einem weiteren Attentat auf einer Wahlkundgebung. Bis heute ist ungeklärt, wer die Politikerin ermordet hat.

Die Chancen für ein politisches Comeback von Musharraf sind nach den vier Jahren außerhalb Pakistans ungewiss. Ihm könnte zudem die Verhaftung wegen anhängiger Rechtsverfahren drohen. Vor seiner Rückkehr hat Musharraf eine kurzfristige Haftverschonung erwirkt.

Pakistan wählt am 11. Mai ein neues Parlament und die vier Provinzparlamente. Am Sonntag wurde nach langem Streit zwischen Regierung und Opposition eine Übergangsregierung aufgestellt, die so lange im Amt bleiben soll, bis eine neue Regierung steht.

### **Religiöse Führer in Birma rufen zu friedlichem Miteinander auf**

Bangkok (epd). Infolge der blutigen Ausschreitungen zwischen Buddhisten und Muslimen in Zentralbirma haben mehrere religiöse Führer des Landes zu einem Ende der Gewalt aufgerufen. Die Unterstützer der verschiedenen Religionen sollten den Gesetzen gehorchen und „das gemeinschaftliche Miteinander mit Liebe und Güte aufrecht erhalten“, hieß es in der Erklärung der „Interfaith Friendship Organisation“, die am Sonntag in der Staatszeitung „New Light of Myanmar“ veröffentlicht wurde. Der Organisation gehören Buddhisten, Muslime, Christen und Hindus an. Auch müsse Birmas Regierung effektivere Sicherheitsvorkehrungen treffen und für besseren Schutz der muslimischen und buddhistischen Bewohner sorgen.

Bei den blutigen Unruhen in der Stadt Meikhtila etwa 500 Kilometer nördlich der ehemaligen Hauptstadt Rangun waren in den vergangenen Tagen nach offiziellen Angaben mindestens 32 Menschen getötet worden. Die Dunkelziffer dürfte jedoch erheblich höher liegen. Zudem waren etwa 9.000 Menschen, mehrheitlich Muslime, vor der Gewalt geflohen. Augenzeugen zufolge waren bewaffnete Mobs, darunter buddhistische Mönche, durch die Straßen gezogen und hatten teils auch Journalisten bedroht. Am Freitag hatte Birmas Präsident Thein Sein den Ausnahmezustand über die Region verhängt. Seit Samstag kontrollieren staatliche Truppen die Stadt und Umgebung.

## Entwicklung

Die Gewalt hatte sich am Mittwoch nach einem Streit zwischen dem muslimischen Inhaber eines Goldgeschäftes und buddhistischen Kunden entzündet. Es kam zu Straßenschlachten mit etwa zweihundert Menschen. Teile von Meikhtila wurden bis auf die Grundmauern niedergebrannt, darunter auch mehrere Moscheen.

Im Ausland wuchs derweil die Sorge vor einer weiteren Eskalation in dem südostasiatischen Land. So forderten die Vereinten Nationen, die USA und Großbritannien ein Ende der Gewalt, um den politischen Reformprozess nicht zu gefährden. Auch der UN-Sondergesandte für Birma, Vijay Nambiar, der die verwüstete Stadt am Sonntag besuchte, zeigte sich „tief erschüttert“. Birma (offiziell Myanmar) wird seit zwei Jahren von einer formal zivilen Regierung geführt. Zuvor hatte es jahrzehntelang unter Militärherrschaft gestanden.

Erst im vergangenen Jahr waren im westlichen Bundesstaat Rakhine bei Ausschreitungen zwischen Buddhisten und der muslimischen Rohingya-Volksgruppe mindestens 180 Menschen getötet und mehr als 115.000 Menschen vertrieben worden. Die Rohingya sind in Birma nicht als ethnische Minderheit anerkannt und systematischer Verfolgung ausgesetzt. Etwa 90 Prozent der Bevölkerung Birmas sind Buddhisten. Die Muslime, darunter etwa 750.000 Rohingya, machen ungefähr vier Prozent aus.

## Sterbliche Überreste von Pablo Neruda werden exhumiert

Buenos Aires (epd). Die sterblichen Überreste des chilenischen Literaturnobelpreisträgers Pablo Neruda werden am 8. April exhumiert. Das Datum gab der zuständige Richter Mario Carroza am Freitag (Ortszeit) bekannt. Mit der Exhumierung sollen die Todesumstände des Dichters geklärt werden. Bislang gilt eine Prostatakreberkrankung als Todesursache. Nun soll untersucht werden, ob Neruda während eines Aufenthaltes in einem Hospital vergiftet wurde. Sein Leichnam ist in seinem langjährigen Wohnort Isla Negra begraben, rund hundert Kilometer westlich der Hauptstadt Santiago an der Pazifikküste.

Pablo Neruda starb am 23. September 1973 im Alter von 69 Jahren nur wenige Tage nach dem Militärputsch, mit dem General Augusto Pinochet den sozialistischen Präsidenten Salvador Allende stürzte. Der Poet war ein vehementer Unterstützer Allendes und Mitglied der Kommunistischen Partei Chiles. 1971 wurde er mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet. Neruda wurde insbesondere durch seine Liebesgedichte sowie durch den „Canto General“ („Der große Gesang“), ein episches Gedicht über die Geschichte Südamerikas, bekannt.

Nach dem Putsch gegen die demokratisch gewählte Allende-Regierung errichtete Augusto Pinochet eine Militärdiktatur, die bis 1990 an der Macht blieb. Mehr als 3.000 Regimekritiker wurden getötet und Zehntausende gefoltert. Nerudas Werke waren während der Zeit der Diktatur verboten.

## Argentinien: Sieben lebenslange Haftstrafen wegen Diktaturverbrechen

Buenos Aires (epd). Ein Bundesgericht in der argentinischen Stadt Mendoza hat sieben ehemalige Militär- und Polizeiangehörige wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit während der Militärdiktatur zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Die Richter befanden die Angeklagten der gewaltsamen Entführung, der Folter und des Mordes für schuldig. Drei Mitangeklagte erhielten Haftstrafen zwischen fünf und 18 Jahren, berichtet die Tageszeitung „Los Andes“ in ihrer Samstagsausgabe.

Menschenrechtsorganisationen begrüßten das Urteil, das die Richter zwei Tage vor dem 37. Jahrestages des Putsches verhängten. Das Militär hatte am 24. März 1976 die Macht übernommen. Während der bis 1983 dauernden Diktatur wurden nach einem offiziellen Bericht über 10.000 Menschen entführt und ermordet. Menschenrechtsorganisationen sprechen von 30.000 Opfern. Darunter sind viele „Verschwundene“, deren Schicksal unklar ist.

Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation CELS wurde seit Aufhebung der Amnestiegesetze im Jahr 2005 gegen insgesamt 2.071 Personen ermittelt. 309 Angeklagte wurden inzwischen zu teilweise hohen Haftstrafen verurteilt, 35 wurden freigesprochen. Derzeit laufen 285 Ermittlungs- oder Gerichtsverfahren.

## Bibelprojekt in Ruanda soll frühere Feinde versöhnen

Stuttgart (epd). Das ostafrikanische Land Ruanda hat bis heute die Folgen des Völkermords von 1994 nicht überwunden: Ein Alphabetisierungsprogramm mit biblischen Texten soll daher Angehörige früher verfeindeter Volksstämme zusammenbringen, die gemeinsam lesen und schreiben lernen sollen, teilte die Deutsche Bibelgesellschaft am Freitag in Stuttgart mit. In Ruanda helfe die biblische Botschaft der Versöhnung, das Trauma des Völkermordes zu überwinden, begründete der ehemalige württembergische evangelische Landesbischof Eberhardt Renz das aus Spenden finanzierte Projekt.

Die Botschaft der Bibel sei für den langen Weg der Versöhnung in seinem Land wichtiger denn je, erklärte auch Emmanuel Kayijuka, Generalsekretär der Ruandischen Bibelgesellschaft. Ein Drittel der ländlichen Bevölkerung in Ruanda seien Analphabeten. Biblische Leselernkurse auf dem Lande würden daher auch vom Staat unterstützt. Die Ruandische Bibelgesellschaft bildet für das Projekt ehrenamtlich Mitarbeitende aus den Kirchen zu Kursleitern aus. Außerdem stellt sie das Lernmaterial für die Teilnehmenden zur Verfügung.

## Ban verurteilt Sturz der Regierung in Zentralafrika

New York/Genf (epd). UN-Generalsekretär Ban Ki Moon hat die gewaltsame Machtübernahme von Rebellen in der Zentralafrikanischen Republik verurteilt. Die Berichte über schwere Menschenrechtsverletzungen der während der Gefechte zwischen Rebellen und Regierungstruppen seien sehr besorgniserregend, erklärte Ban am Montag (Ortszeit) in New York. Die Täter müssten zur Rechenschaft gezogen werden.

Am Sonntag hatten Rebellen der Seleka-Koalition die Regierung gestürzt. Die Rebellen werfen Präsident François Bozizé vor, er habe ein Friedensabkommen und mehrere Vereinbarungen gebrochen. Bozizé soll nach Medienberichten das Land verlassen haben und in der benachbarten Demokratischen Republik Kongo untergekommen sein. UN-Generalsekretär Ban verlangte, dass die verfassungsmäßige Ordnung in der Zentralafrikanischen Republik umgehend wieder hergestellt werden müsse.

Ban gab sich auch besorgt über die angespannte humanitäre Lage und Plünderungen. Die Regierenden hätten die Pflicht, die Mitarbeiter der UN in der Zentralafrikanischen Republik zu schützen, sagte er. Die Zentralafrikanische Republik ist eine ehemalige französische Kolonie. Seit der Unabhängigkeit 1960 erschütterten mehrere Rebellionen den Staat, der zu den ärmsten der Welt gehört.

## Argentinier gedenken Opfer der Militärdiktatur

Buenos Aires (epd). In Argentinien haben am Sonntag landesweit Tausende Menschen an den Militärputsch von 1976 erinnert. Unter anderem wurde auf der zentralen Plaza de Mayo in der Hauptstadt Buenos Aires den Opfern der Militärjunta gedacht, die Argentinien bis 1983 beherrschte. Menschenrechtler verwiesen auf Erfolge bei der juristischen Aufarbeitung der Diktatur-Verbrechen. Nach der Aufhebung der Amnestiegesetze im Jahr 2005 war die juristische Verfolgung wieder in Gang gekommen.

Das Militär hatte am 24. März 1976 die Macht übernommen. Unter der Diktatur wurden nach einem offiziellen Bericht über 10.000 Menschen entführt und ermordet. Menschenrechtsorganisationen sprechen von 30.000 Opfern. Darunter sind viele „Verschwundene“. Die Leichen dieser Opfer wurden von Militärs an geheimen Orten verscharrt oder ins Meer geworfen. Der 24. März ist seit 2006 als „Tag der Erinnerung für Wahrheit und Gerechtigkeit“ ein staatlicher Feiertag.

Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation CELS wurde seit Aufhebung der Amnestiegesetze im Jahr 2005 gegen insgesamt 2.071 Personen ermittelt. 309



Angeklagte wurden inzwischen zu teilweise hohen Haftstrafen verurteilt, 35 wurden freigesprochen. Derzeit laufen 285 Ermittlungs- oder Gerichtsverfahren.

## Putin fordert größere internationale Rolle für Schwellenländer

Durban (epd). Der russische Präsident Wladimir Putin hat eine größere Rolle für die Schwellenländer in der Weltpolitik gefordert. „In den vergangenen zwei Jahrzehnten standen Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika an der Spitze des weltweiten Wirtschaftswachstums“, sagte Putin vor Beginn eines Gipfels der fünf sogenannten BRICS-Staaten, der an diesem Dienstag im südafrikanischen Durban beginnt. Die Fünfer-Gruppe werde sich deshalb für eine gerechtere Machtverteilung auf der Weltbühne einsetzen.

„BRICS ist ein Kernelement einer multipolaren Welt“, sagte Putin. Gastgeber des Gipfels am Dienstag und Mittwoch ist der südafrikanische Präsident Jacob Zuma. Neben Putin werden auch die Staatsoberhäupter von Brasilien und China, Dilma Rousseff und Xi Jinping, sowie der indische Regierungschef Manmohan Singh teilnehmen.

Auf ihrem fünften Gipfel wollen die Staaten eine eigene BRICS-Bank gründen, um Investitionen in die Infrastruktur in Entwicklungsländern zu finanzieren. Außerdem soll ein ständiges BRICS-Sekretariat, ein Krisenfonds und ein gemeinsamer Wirtschaftsrat entstehen. Die BRICS-Staaten stellen zusammen etwa 44 Prozent der Weltbevölkerung. 2011 trugen sie laut der Investmentbank Goldman Sachs 25 Prozent zum weltweiten Bruttoinlandsprodukt bei. 2040 könnte ihr Anteil an der Weltwirtschaft bei 40 Prozent liegen.

Nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung ist ein hohes Wirtschaftswachstum allein aber kein Garant für Stabilität und Aufstieg in den fünf Staaten. „In jedem der Länder gibt es enormen Reformbedarf auf vielen Gebieten“, schrieben die Experten. Vor allem die ungleiche Vermögensverteilung könnte das Wachstum bremsen. Hinzu kämen ein hohes Maß an Korruption, gravierende Schwächen in den Gesundheits- und Bildungssystemen und Mängel im Justizwesen.

## Schwellenländer bauen an einer neuen Weltordnung

Von Benjamin Dürr (epd)

Durban (epd). Tief unten im Meer arbeiten fünf Länder bereits an besseren Verbindungen: Bald soll es zwischen Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika ein direktes Untersee-Kabel geben. Bisher laufen ihre heiklen Daten noch per Internet- und Telefonverbindungen über Knotenpunkte in Europa und den USA. Mit einem eigenen Kabel aber wären die fünf Länder davon unabhängig. Sie

haben sich zu einer Gruppe zusammengetan, die nach den Anfangsbuchstaben der Länder BRICS genannt wird.

Wohl nichts verdeutlicht das Streben der fünf Schwellenländer nach Eigenständigkeit besser als das Untersee-Kabel-Projekt: Die fünf Staaten wollen enger zusammenarbeiten und damit unabhängig werden von den Industrienationen. An diesem Dienstag kommen ihre Staats- und Regierungschefs zu einem zweitägigen Gipfel im südafrikanischen Durban zusammen. Sie wollen ihr wachsendes Gewicht in der Weltpolitik und in der Weltwirtschaft betonen.

Ziel ist eine neue Weltordnung: Noch vor ein paar Jahren waren vier BRICS-Staaten Entwicklungsländer und Russland ein verarmtes Transformationsland nach dem Zusammenbruch des Sozialismus. Die fünf Länder, die die Heimat von etwa 44 Prozent der Weltbevölkerung sind, erlebten inzwischen einen beeindruckenden Aufstieg. Sie erzeugen heute ein Fünftel der weltweiten Wirtschaftsleistung. In drei Jahrzehnten könnte sich ihr Anteil verdoppeln. Denn die Wirtschaft wächst deutlich schneller als in Europa, Nordamerika und Japan. Die fünf R - Rubel, Rupien, Rand, Renminbi und Real - sind für manche Ökonomen die Währungen der Zukunft.

In Durban wollen die Länder ihrer neuen Macht Ausdruck verleihen. Ganz oben auf der Tagesordnung steht die Gründung einer eigenen Entwicklungsbank. Die BRICS-Länder wollen sich damit von der Dominanz der USA, Japans und Europas in Weltbank und Internationalem Währungsfonds emanzipieren. Mit einer eigenen Bank speziell für Entwicklungsländer sollen Infrastruktur-Projekte in Afrika, Asien und Lateinamerika gefördert werden.

Auch ein ständiges BRICS-Sekretariat, ein Krisenfonds und ein gemeinsamer Wirtschaftsrat sollen ins Leben gerufen werden. Sogar gegenseitige Zoll-Vereinfachungen sind im Gespräch. Besonders Südafrika hofft, von der engeren Zusammenarbeit zu profitieren. Das Land versteht sich als Tor zu Afrika, als Drehscheibe für Investitionen und Kooperationen. „Wir sind sehr erfreut über das schnelle und intensive Wachstum der Verbindungen auf wirtschaftlicher und diplomatischer Ebene“, sagt Südafrikas Präsident Jacob Zuma.

Der neue chinesische Präsident Xi Jinping erklärte, die Zusammenarbeit der BRICS-Staaten könne zu einer stabileren Weltwirtschaft beitragen. Neben Zuma und Xi werden auch die brasilianische Staatschefin Dilma Rousseff, Russlands Präsident Wladimir Putin und der indische Premierminister Manmohan Singh in Durban sein.

Doch es gibt auch kritische Stimmen: Das schnelle Wirtschaftswachstum dürfe nicht über Defizite in Bildungs-, Gesundheits- und Justizwesen hinwegtäuschen, warnte die Bertelsmann-Stiftung in einer Vergleichsstudie zu den BRICS-Staaten. Auch das große Gefälle zwischen Arm und Reich sowie die ausufernde Korruption

## Entwicklung

könnten sich als Wachstumshemmnisse erweisen. Bisher habe es nur China geschafft, die Industrieländer wirtschaftlich einzuholen.

Außerdem gibt es innerhalb der Staatengruppe große Unterschiede: China ist wegen seines Wirtschaftswachstums von zuletzt acht Prozent und der riesigen Bevölkerungszahl von 1,3 Milliarden Menschen den anderen überlegen. Südafrika ist mit 50 Millionen Einwohnern und etwa zwei Prozent Wachstumsrate das schwächste Mitglied. Die Staatengruppe habe es bei wichtigen Fragen bisher nicht geschafft, eine gemeinsame Position zu finden, schrieb ein Blogger der „Financial Times“. Zu unterschiedlich seien die Interessen. Das Auseinanderbrechen der BRICS sei deshalb eine Frage der Zeit.

## Infokasten: BRICS-Staaten

Durban (epd). Unter der Bezeichnung BRICS werden die fünf Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika zusammengefasst. Die Abkürzung steht für die Anfangsbuchstaben der Länder. Die Staaten zeichnen sich durch ein hohes Wirtschaftswachstum - im Schnitt mehr als fünf Prozent pro Jahr - aus und haben es als Entwicklungsländer bis an die Schwelle zur Industrienation geschafft. Ausnahme ist Russland, das als Nachfolgestaat der ehemaligen sozialistischen Großmacht Sowjetunion aber ebenfalls wirtschaftlich aufholen musste.

Die Abkürzung BRIC wurde 2001 zum ersten Mal von Jim O'Neil, dem damaligen Chefvolkswirt der Investmentbank Goldman Sachs, verwendet um die aufstrebenden Staaten zusammenzufassen. 2006 begannen die ursprünglich vier Länder, als Staatengruppe gemeinsam aufzutreten. Im Jahr 2010 trat Südafrika bei, aus BRIC wurde BRICS.

Die fünf Länder kommen zusammen auf eine Bevölkerungsanzahl von drei Milliarden Menschen, was etwa 44 Prozent der Weltbevölkerung entspricht. 2011 trugen sie laut einem Goldman Sachs mehr als 20 Prozent zum weltweiten Bruttoinlandsprodukt bei. Im Jahr 2040 könnte ihr Anteil an der Weltwirtschaft bei 40 Prozent liegen.

## Impressum

Herausgeber / Verlag:  
Gemeinschaftswerk der  
Evangelischen Publizistik (GEP)  
gGmbH, Emil-von-Behring-Str. 3  
60439 Frankfurt am Main.

**Geschäftsführer:** Jörg Bollmann.  
Amtsgericht Frankfurt am Main,  
HRB 49081  
USt-ID-Nr. DE 114 235 916  
**GEP-Verlagsleiter:** Bert Wegener.  
**Chefredakteur der  
epd-Zentralredaktion:**  
Dr. Thomas Schiller.

**epd-Landesdienste:** Nord  
(Hamburg), Ost (Berlin),  
Niedersachsen-Bremen (Hannover),  
West (Düsseldorf), Mitte-West  
(Speyer), Südwest (Stuttgart/  
Karlsruhe), Bayern (München).

**epd-Zentralredaktion**  
**Nachrichtenchef:** Karsten Frerichs  
(verantwortlich i.S.v. § 55 RStV);  
**Chef vom Dienst:** Peter  
Bosse-Brekenfeld  
**Agenturdesk Text:** Renate  
Kortheuer-Schüring, Stefan Fuhr,  
Jürgen Prause; **Kirche u. Politik:**  
Rainer Clos (Lt.), Stephan  
Cezanne, Angela Göttische, Ellen  
Nebel; **Entwicklung u. Politik:**  
Elvira Treffinger (Lt.), Michaela  
Hütig, Dr. Silvia Vogt; **Sozialpolitik:**  
Markus Jantzer (Lt.), Dirk Baas;  
**Medien u. Kultur:** Diemut Roether  
(Lt.), Henning Engelage, Michael  
Ridder. **Bundesbüro Berlin:** Bettina  
Markmeyer, Corinna Buschow.

**Verlag/Bestellservice:**  
Tel: 069-58098-0  
Fax: 069-58098-226  
E-Mail: kundenservice@epd.de  
**Redaktion:**  
Tel: 069-58098-333  
Fax: 069-58098-122  
E-Mail: nachrichten@epd.de.

**Erscheinungsweise:**  
fünfmal wöchentlich (Mo.-Fr.)  
**Bezugspreis** für die  
epd-Zentralausgabe per E-Mail:  
monatlich 53,00 €  
Die epd-Zentralausgabe darf nur mit  
Zustimmung des Verlags  
weiterverwertet, gedruckt, gesendet  
oder elektronisch kopiert und  
weiterverbreitet werden. Jede  
Haftung für technische Mängel oder  
Mängelfolgeschäden ist  
ausgeschlossen.